

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Verlagspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhlestraße 16
Fernsprecher S.-N. 625 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gespaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. / Eingetragen in die Reichspoststellungsverordnung

Der dreizehnte Gewerkschaftskongress

Der Ertrag von Hamburg

Ein Vergleich des Gewerkschaftskongresses von Hamburg mit dem von Breslau fällt sicherlich zugunsten des ersten aus. Die Beratung wie die Entschlüsse von Hamburg waren sachlicher, mehr auf die Tatsächlichkeit, wenn man will, auf das Können gerichtet, und das Bewußtsein, daß man sehr mehr kann, daß man mehr vollbringen müsse, kam zuweilen recht deutlich zum Ausdruck. Dies bessere Ergebnis ist nun freilich auch günstigeren Umständen zu verdanken. Anstatt der geschäftlichen Flaute von 1925 haben wir heute einen wirtschaftlichen Hochstand, aus dem eine zahlenmäßige wie seelische Stärkung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung spricht, und diese Stärkung drückt sich aus in dem Willen, an die großen Probleme ernstlich heranzugehen und ihre praktische Lösung mit mehr Nachdruck zu betreiben. Für jenen Willen wie für diesen Nachdruck hat es in Hamburg an Beweisen nicht gefehlt.

Daß die Gewerkschaftsbewegung seit Breslau an Zahl und Ansehen viel gewonnen hat, kam auch durch das Erscheinen dreier Reichsminister zum Ausdruck. Sie alle drei haben dem Kongress manch Angenehmes gesagt und ihm noch Angenehmeres in Aussicht gestellt. Ihre Ausführungen wurden mit höchstem Beifall aufgenommen, der indessen nicht über die Thomasische Zweifelsucht hinwegtäuschen kann, die bei fast allen Teilen der Zuhörerschaft vorhanden war. Der Wert von ministeriellen Reden ist in Deutschland etwas gesunken. Mit der Freude über sie glaubt man in der Arbeiterschaft warten zu müssen, bis ihnen Laten gefolgt sind. Es ist wohl möglich, daß dieses Mal die Zweifelsucht unbegründet war. Aber das wird sich ja bald herausstellen. Noch durch etwas anderes wurde die Stärkung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung bestätigt. Unter den 22 Abgeordneten des Kongresses waren nur noch drei kommunistisch gesinnte. Nun macht die Zahl allein gewiß nicht die Bedeutung einer Abordnung aus. Was ihr an Menge fehlt, kann die durch Güte ersetzen. Daß dies bei diesen drei kommunistischen Vertretern der Fall gewesen wäre, läßt sich nicht gut behaupten. Der einzige, der von ihnen Einbruch machte und Gehör fand, war unser Verbandskollege Kraus von Stuttgart. Das kann man von seinen beiden Gefinnungsgenossen wahrhaftig nicht sagen. Von deren Leistung erfuhren die Kongressmitglieder erst etwas aus der kommunistischen Presse. Doch das nur nebenbei.

Das Schlichtungswesen und die Demokratisierung der Wirtschaft waren wohl die beiden wichtigsten Gegenstände des Kongresses. Das erstere wurde beim Vorstandsbericht mit behandelt. Eine ziemlich hohe Zahl von Rednern beschäftigte sich damit. Nachgerade alle haben die Schlichterei oder die Zwangsschiedsprüche gehehelt und die Bewältigung ihres Unwillens durch Darlegung von Schiedssprüchen aus ihrem Gewerbe erhartet. Daß die schärfsten Kritiker aus der Reihe der Metallarbeiter kamen, läßt nicht wundernehmen in Anbetracht der Erfahrung, die gerade sie mit der Schlichterei gemacht haben. Allein, so einhellig man in der Kritik, im Verneinen war, so schwach war man in Verbesserungsvorschlägen. Aber das, was zu tun ist, gingen die Meinungen weit auseinander. Der Versuch, sie auf einen Nenner zu bringen, wurde nicht gemacht, was allerdings bei der Mannigfaltigkeit keine einfache Sache gewesen wäre. Es gebrach, wie schon angedeutet, an besten Mitarbeitern, wie man die laut beklagten Mängel beseitigt wissen will oder was getan werden muß, um die Wiederholung von üblen Schiedssprüchen oder unersetzlichen Zwangsschiedsprüchen zu unterbinden. Unmöglich zu bewirken, daß getrachtet werden muß, diese Lücke bald auszugleichen. Dies wird vor allem Aufgabe der zunächst beteiligten Stellen sein. Andernfalls wird man damit rechnen müssen, daß sich der Unwille noch schärfer geltend macht.

Die Behandlung der Demokratisierung der Wirtschaft war freilich ertragreich. Zu dieser Frage hat, das soll nicht verkannt werden, der Vortrag des Genossen Friedrich A. P. H. A. F. beigetragen. Er wies zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß er im Jahre 1919 auf einem Plakat gelesen habe: Wir sind mit der Abfassung des Verzeichnisses der Wirtschaftsdemokratie beschäftigt. Wie immer man über diese Verkündung denke, es ist doch ein Gedanke gewesen, der geündet und den man zu verwirklichen gestrebt habe. Freilich noch in voller Unklarheit des Denkens und Handelns. Daß dies richtig ist, wissen wir heute alle. Die Unklarheit zu beseitigen oder doch zu mildern, sollte ja die Beratung dienen. Daß es zu einem hohen Grade gelungen ist, läßt sich nicht leugnen. Dazu haben sicherlich einige andere Redner wesentlich mit beigetragen. Als den Ertrag der Behandlung kann man bezeichnen die Erkenntnis, daß Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus gleichbedeutend sind. Wahre Wirtschaftsdemokratie ist in der kapitalistischen Gesellschaft eine Unmöglichkeit. Wer Wirtschaftsdemokratie will, muß den Sozialismus wollen. Somit ist das Bestreben nach Wirtschaftsdemokratie gleichbedeutend mit dem Streben nach unserem Endziel, nach der sozialistischen Gesellschaft. Diese soll erstrebt, sie soll herbeigeführt werden durch die Demokratisierung der heutigen Wirtschaft, das heißt durch Erhöhung des Einflusses der organisierten Arbeiterschaft auf die Wirtschaftsführung, die wirtschaftlichen Körperlichkeiten, die Gesetzgebung, die Sozialversicherung und nicht zuletzt durch den Ausbau und die Vermehrung sozialistischer Eigenbetriebe. Wie die Erhöhung des Einflusses zu bewerkstelligen ist, dafür haben Vortrag wie Auswände treffliche Fingerzeige gebracht.

Bei dieser Beratung insbesondere wurde der sozialistische Geist der Gewerkschaftsbewegung, um nicht zu sagen, der marx-

istische Gedankengang erfreulich deutlich offenbar. Und nicht nur bei denen aus dem Stamme der Mitgliedschaft, sondern auch bei dem Führerkreis, den ja eine gewisse Seite immer und immer wieder als gewerkschaftliche Kleinräumerei oder als veraltete Reformisten hinzustellen beliebt. Das Durchwirktsein der Verhandlung mit der sozialistischen Idee und das Betonen des sozialistischen Endzieles bilden eine sichere Bürgschaft mehr für die Weiterentwicklung der auf diesem Kongress gewonnenen Erkenntnis von der Wirtschaftsdemokratie. Daß über diese noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist, wird jebermann klar sein. Die kapitalistische Wirtschaft entfaltet sich ununterbrochen mächtig weiter — die sozialistische Gewerkschaftsbewegung desgleichen. Beide werden mehr oder weniger gleichmäßig stärker, und damit werden die Kämpfe zwischen beiden umfangreicher und sicherlich noch heftiger. Daraus entspringen neue Probleme und größere Aufgaben für die Gewerkschaften, deren Probleme und Aufgaben wandeln sich, müssen immer wieder frisch geprüft und anders angefaßt werden. Folglich wird auch die jegliche Erkenntnis von der Demokratisierung der Wirtschaft einer weiteren Änderung unterliegen. Aber kurz oder lang werden wir uns damit wieder zu befassen haben.

Es erübrigt sich, an dieser Stelle auf die anderen Fragen einzugehen, die den Kongress noch beschäftigten, weil ja der hier anschließende Verhandlungsbericht das Wissenswerte enthält. Immerhin sei noch hervorgehoben, daß sich der Kongress nicht nur zu dem gefälligen Achtstundentag bekannte, sondern darüber hinaus eine noch weitere Verminderung der Arbeitsstunden für nötig und von der Wirtschaft tragbar hält. Kaum weniger bedeutend ist die Forderung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Es wird Sache der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder sein, diese Forderung den Parlamenten und ihren Abgeordneten mit dem gebührenden Nachdruck in Erinnerung zu bringen.

Ernst und sachlich hat dieser Kongress seine vielgestaltige Aufgabe erfüllt. Seine ganze Verhandlung wurde von einer verheißungsvollen Zuversicht getragen. Und mit seinem Ertrag kann er sich getroßt neben seine Vorgänger stellen.

Der zweite Verhandlungstag

(Fortsetzung aus der vorigen Nummer)

Den Vorsitz führt Schumann (Verkehrsbund). Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Der Vertreter der Dachbender, Th. Thomas, begründet in der Hauptsache einen Antrag seines Vorstandes, der verlangt, daß sich der Kongress gegen die Verträge der Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung erkläre, daß „berufliche Erwerbslosigkeit, die durch Jahreszeit oder Konjunktur bedingt, anders zu behandeln sei als die Erwerbslosigkeit im allgemeinen“.

Ulich (Metallarbeiter) erklärt, die Arbeiterbank habe der Bundesvorstand in seinem Bericht wohl vergessen. Vor drei Jahren, in Breslau, hatten wir noch einen ausführlichen Bericht über den Aufschwung der Bank. Sie ist durch die Mitarbeit aller freien Gewerkschaften zu ihrem heutigen Hochstand gekommen. Nun aber sind Dinge in der Arbeiterbank vorgekommen, die wenig erfreulich sind. Der Vorsitzende Schumann erwidert, daß die Vorkommnisse in der Arbeiterbank nicht hierher, sondern vor eine andere Stelle gehören. Darum habe der Berichterstatter gut getan, die Sache zu übergeben.

Schmidt (Fabrikarbeiter) begründet einen Antrag, der verlangt, daß bei Vorlagen oder Änderungen von Gesetzen über Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Bundesvorstand mit den angeschlossenen Organisationen Besprechungen einleiten soll, um ein einheitliches Handeln zu ermöglichen.

Jahn (Eisenbahner) beschäftigt sich mit dem Tagesplan, der eine schwere Belastung der deutschen Arbeiterschaft darstelle und für dessen Milderung man sich einsetzen solle.

Teichgraber (Metallarbeiter) übt scharfe Kritik am Schlichtungswesen. Es ist in allen Industrien, wo die Arbeiter gut organisiert sind, zu beobachten, daß die Schlichtungsbehörden schnell dem Kufe der Unternehmer nach Eingreifen folgen. In solchen Fällen haben sich die Schlichter reich der Sache der Industriellen angenommen. Wir müssen darauf bestehen, daß die Schlichtungsordnung zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen wird. Wenn beide Parteien einen Schiedsspruch ablehnen, muß die Verbindlichklärung unter allen Umständen anterbleiben. Unter dem Vorwand des öffentlichen Interesses sind in den letzten Jahren wohl Schiedssprüche für verbindlich erklärt, aber für die Behrlinge konnte dies im öffentlichen Interesse angeht nicht geschehen. Eine Vertüzung der Arbeitszeit ist wohl gerechtfertigt. Die jährlichen Werke haben in drei Jahren ihre Fördermenge um 30 % erhöht, so daß eine Herabsetzung der Arbeitsstunden erforderlich ist. Das sollte in unserer Entschlieung deutlich zum Ausdruck kommen.

Gabler (Textilarbeiter) vermißt im Berichte des Bundesvorstandes eine Analyse der politischen Verhältnisse, besonders der Politik für den Bau des Panzerkreuzers. Diese Politik werden wir Arbeiter in den Betrieben noch lange zu spüren haben. Die Löhne haben den Vorkriegsstand noch nicht erreicht, während der Profit der Unternehmer weit darüber hinausgekommen ist.

Fiegler (Metallarbeiter): Die Behauptung der Kommunisten, daß die Opposition in den Gewerkschaften mit Brutalität niedergedrückt werde, ist eine Übertreibung. Wo greifen wir in den Ortsverwaltungen oder den Zentralkomitees der Kommunisten an? Wir wollen und dürfen die Meinungsverschiedenheit nicht bekämpfen, sondern müssen sie willkommen heißen. Wenn die Opposition ihre Ansicht sachlich vorträgt, werden wir es begrüßen. Aber die Meinungsverschiedenheit darf nicht zu Vorfällen ausarten, wie wir sie am Sonnabend hier erlebt haben. Ich bin nicht für die Abschaffung der Schlichtungsordnung in Rausch und Wogen. Aber sie bedarf sehr der Verbesserung. Das Streikrecht darf durch die Verbindlichklärung nicht aufgehoben werden. Diese muß auf die Fälle eines wirklichen öffentlichen Interesses beschränkt bleiben. Freilich

sollten wir uns nicht auf den Schlichter verlassen, sondern auf unsere Organisation.

Lang (Textilarbeiter) begründet einen Antrag, der die Verbände verpflichten will, die Forderung auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit mit größerem Nachdruck zu vertreten.

Schleicher (Holzarbeiter) wendet sich gegen einige Bemerkungen im Vorstandsbericht über das Schlichtungswesen. Über die Frage, welche Stellung die Gewerkschaften zur Schlichtungsordnung und zu ihrer Handhabung einnehmen sollen, müsse bald Klarheit geschaffen werden. Sonst würde die Vermirung in den Massen noch größer, zum Nachteile der gewerkschaftlichen Arbeit. Dann wendet er sich gegen die Bevorzugung des Handwerks in der Gesetzgebung.

Körpel (vom Büro des Bundesvorstandes) betont, daß die Gewerkschaften von der eigenen Prozedur abzurängen. Aber bei allen Organisationen gibt es abgegrenzte Gruppen oder zahllose Mitgliedschaften, denen die Prozedur sicher gestellt werden muß. Weil wir durch das Arbeitsgerichtsgesetz Organe der Rechtspflege geworden sind, müssen wir Gewähr bieten, daß unsere sämtlichen Mitglieder jederzeit Prozedur von uns erhalten können. Um den Gewerkschaften die Möglichkeit zu geben, bei Verhinderung ihrer eigenen Prozedur sofort andere zur Verfügung zu haben, erscheint es dem Bundesvorstand nötig, Bezirkssekretariate zu errichten.

Die von dem Kollegen Schmidt geforderte strafrechtliche Sicherung der Arbeitskraft halte ich nicht für zweckmäßig. Wir halten den strafrechtlichen Schutz der Vereinigungsfreiheit nicht für notwendig, weil der Staatsanwalt im Regelfall ja doch nur gegen Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre eingreifen würde. Dagegen fordern wir einen weitgehenden strafrechtlichen Schutz der Arbeiter vor Körperverletzungen, Gesundheitsschäden und Lebensgefährdung in den Fällen, wo die Unternehmer Arbeiterschutzvorschriften nicht befolgen. Der strafrechtliche Schutz der Arbeitskraft selbst ist abzulehnen, weil dem Staatsanwalt dafür alle Grundlagen fehlen.

Die Reform des Schlichtungswesens muß so erfolgen, daß nur die Gewerkschaften bei Vorliegen sozialer Interessen die Verbindlichklärung beantragen können und daß ausnahmsweise bei Vorliegen von Interessen der Allgemeinheit der Staat von Amts wegen eine Verbindlichklärung herbeiführen kann. Im übrigen halte ich den Ausbau des Schlichtungswesens einschließlich der Verbindlichklärung nicht für richtig, der Staat muß ein zivilrechtlich wirkendes Mittel haben, die Allgemeininteressen wahrzunehmen. Die Schlichter allein haben im Auftrage des Staates die Verbindlichklärung auszusprechen. Durch Schaffung von Körperschaften für die Verbindlichklärung wäre gar nichts gewonnen.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen immer die Auffassung vertreten, daß der freiwillige Tarifvertrag unter allen Umständen Zwangsstarifverträgen vorzuziehen ist, und die Gewerkschaften so stärken, daß sie durch ihre Macht den Abschluß freier Tarifverträge erzwingen können. Verantwortungsgesetz und Wahrheitsliche müssen die Grundlage für die künftige Durchführung des Schlichtungswesens bilden. Die Haftung für Tarifbruch, einerlei, ob es sich um freie Tarifverträge oder um Zwangsstarifverträge handelt, dürfen und können die Gewerkschaften nicht ablehnen. Sie müssen jede Verantwortung übernehmen, die sich aus den von ihnen geschlossenen Verträgen ergibt. Verantwortungsgesetz würde zu schweren Schäden führen können. Wenn wir, was ich unbedingt für richtig halte, das Strafrecht aus der Gewerkschaftsbewegung herauslassen wollen, dann müssen wir die von mir vertretene Auffassung als richtig anerkennen. Andernfalls wird auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht verhindern können, daß ihr strafrechtliche Bindungen auferlegt werden. Freie Gewerkschaften, wirkliche Selbstverwaltung und Anerkennung der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften für ihre Handlungen müssen die Grundlage unseres Schaziens sein.

Fischer (Metallarbeiter): Ich bin mit geschwellten Segeln zum Kongress gekommen, nun aber sehe ich hier, daß man bestrebt ist, so leicht wie möglich aufzutreten. Es ist mir unbegreiflich, daß der Antrag von Leipzig, der vom Bundesvorstand die Anarbeitung eines Gesetzentwurfes verlangt, der für alle Arbeiter eine gesetzliche Ferienzeit von 14 Tagen vorseht, nicht einmal die nötige Unterstützung gefunden hat. Wären mehr Kollegen aus dem Betriebe als Vertreter anwesend, der Antrag wäre sicher unterstützt worden. Es muß darum getrachtet werden, daß mehr Arbeiter aus der Fabrik zum Kongress gelangt werden.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung erhält zunächst der Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes, Buillon, das Wort. Er drückt seine Freude über den günstigen Einbruch aus, den er auf der Perzeite wie von dem Kongress selbst bekommen hat. Hier aber er Zeichen der Mannbarkeit und der Kraft gesehen. Er würde sich glücklich schätzen, für Frankreich das gleiche sagen zu können. Mit den Köpfen müsse man die Kräfte gegen den Kapitalismus richten. Die Aufgabe aller Gewerkschaften sei, gegen den Krieg zu wirken, indem sie inniger denn je zusammenwirken. Mit einem Nachruf auf die deutsche Gewerkschaftsorganisation und auf die internationale Solidarität schließt der französische Genosse unter starkem Beifall seine Rede.

Es erhalten zunächst die Mandatprüfungskommission Bericht. Danach sind 282 ordentliche Vertreter anwesend. Sodann wird die Aussprache über den Vorstandsbericht fortgesetzt.

Mehl (Belleidungsarbeiter) schildert die Ursachen des Konfektionsarbeiterstreiks. Er erwähnt, daß die Ablehnung der Verbindlichklärung des Schiedsspruches für die Konfektionsarbeiter deren Vorstand vier Tage später als den Unternehmern rückgängig worden sei. Was ein Verzug von vier Tagen bei einer Konfektionshandlung bedeute, wisse jeder Kundige. Über die Ablehnung des Schiedsspruches seien die Belleidungsarbeiter keineswegs ungehalten, wohl aber über die Begründung, die ebenso weltfremd wie unverständlich sei. (Beifall.)

Brandes (Metallarbeiter) bedauert, daß der Bundesvorstand in Sachen der Industrieverbände nicht so tatkräftig vorgeht, wie man es erwarten müsse. Für das Arbeitsrecht muß eine genügende Zahl von Funktionären vorgebildet werden, damit die Arbeiter in Rechtsstreitigkeiten erfolgreich vertreten werden können. Das gute Recht, ihre Prozesse zu verfolgen, sollte den Gewerkschaften dort, wo sie dazu in der Lage sind, nicht verfürzt werden. Es ist nicht wünschenswert, daß der Apparat des Bundesvorstandes allzu um-

lassend wird. Die Stellung des Metallarbeiter-Verbandes zum Schlichtungsprozeß ist in der Entscheidung seines letzten Verbandstages festgelegt. Darin ist gesagt, daß man streben muß, auf eigener Kraft Tarifrecht zu schaffen. Es gibt heute noch starke Teile der Unternehmerchaft, die Gegner des Tarifrechtes sind. Besonders bei der mächtigsten der Industriegruppen sucht man nach Gleichgültigkeit für das Vertragsrecht vergeblich. Solange Tariflosigkeit noch besteht, ist das Eingreifen des Staates erforderlich. Dem unterständlichen Vorgehen mancher Schlichter ist in erster Linie der Unwille wider das Schlichtungsweesen zuzuschreiben. In der Schwerindustrie, wo die Arbeiterchaft ungeheurer Schmerz zu schaffen hat, ist ihnen der Nachhaken durch Schlichtungsprozeß vorenthalten worden. Das muß Unwillen entfachen. Wir können die Fälle zählen, wo wir den Ministern um Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprozeß erjudet haben. Wir würden uns nicht mehr über die Verbindlichkeitsklärung zu streiten haben, wenn die Millionen, die heute noch abwärts von den Gewerkschaften stehen, in sie einträten. (Weisfall.)

Schüler (vom Reichsarbeitsministerium) beschäftigt sich mit den Vorwürfen Weisfalls gegen das Arbeitsministerium. Er erklärt, daß es ein Irrtum sei, anzunehmen, die Ablehnung der Verbindlichkeit des Schlichtungsprozeß der Konfessionsarbeiter sei absichtlich den Unternehmern eher als den Arbeitern mitgeteilt worden.

Masche (Jugendsekretär des ADGB) bespricht den Sachverhalt der Ferien für Jugendliche. Er erjudet um Zustimmung zu der für diese Sache vorgelegten Entscheidung des Bundesvorstandes.

Damit ist die Aussprache beendet. Es erhält nun der zweite Bundesvorstandende Großmann das Schlußwort: Seit dem Jahre 1892 ist die Zahl der Verbände von 93 auf 38 zurückgegangen. Dies ist ein Beweis, daß der Drang nach Verschmelzung lebendig ist. Der Vorwurf, die Verschmelzung gehe zu langsam, ist daher unberechtigt. Es sind nicht immer die Vorstände, an denen die Verschmelzung scheitert, wie ja das Beispiel des Dachdeckerverbandes zeigt. Ähnlich sieht es bei den Postmachern wie bei den Eisenbahnern. Der Kollege Schäfer hat mit einem Vorwurf gegen den Bundesvorstand an den Volkstenters für den Nachhaken erinnert. Gewiß haben wir den eingeleiteten Volkstenters nicht durchgeführt, weil wir durch den erfolglosen Volkstenters über die Fürstenabfindung zur Vorsicht ermahnt wurden. Andererseits ist für die tarifliche Festlegung des Nachhakenalles alles mögliche von den Gewerkschaften getan worden. Wenn darin keine großen Erfolge zu verzeichnen sind, so kann dafür der Bundesvorstand nicht verantwortlich gemacht werden. Den Kommunisten sei gesagt, daß niemals einer wegen seiner Weisfallhaltung aus der Gewerkschaft gedrängt worden ist. Bei den Kommunisten aber führt die Anschauung zu Latein, die von Stellen besohlen werden, die außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen. Niemals hat sich die Sozialdemokratische Partei angemahnt, den Gewerkschaften irgendwelche Vorschriften zu machen. Wenn der Fall gemein wäre, es würde nachdrücklich zurückgewiesen worden sein. Unsere gewerkschaftlichen Weisfall lassen Einmischungen von außen nicht zu. Wer sich von gewerkschaftsfeindlichen oder gar gewerkschaftsfeindlichen Stellen gegen die Gewerkschaft vergehen heißt, der muß sich die Folgen gefallen lassen.

Nur Unvollständigkeit kann behaupten, daß die Gewerkschaften keine Fortschritte gemacht haben. Dies gilt auch seit Weisfall. Bemähen wir uns, beim letzten Mitglied Verantwortungsgesühl zu werden, die Kräfte noch besser anzupassen, dann wird der Zweck erreicht werden, wofür wir geschaffen sind. (Weisfall.)

Es wird nun über die Entscheidungen des Bundesvorstandes wie über eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Die Entscheidung über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit lautet in ihrem wesentlichen Teil:

„Der Kongreß rühmt erneut die Aufforderung an Reichsregierung und Reichstag, durch das Arbeitschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig für alle Arbeitnehmer auf acht Stunden täglich zu begrenzen. Der Kongreß stellt fest, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit, wie sie zuletzt durch das Arbeitszeitgesetz vom 8. April 1927 getroffen worden ist, weit entfernt ist von den Forderungen, die die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit erhoben haben. Die Gewerkschaften wollen, daß der Grundgedanke des Nachhakenalles, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu bezweifeln mag, in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeföhrt wird...“

Der Kongreß erklärt erneut, daß er die Vorschriften des Washingtoner Abkommens als ein Mindestprogramm auf dem Gebiet der Arbeitszeit betrachtet. Er erwartet von der Regierung und vom Reichstag, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des Arbeitschutzgesetzes das mehrfach gegebene Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst wird. Er appelliert, aber auch an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht durch Verhandlungen über Abänderung der Konventionen zu verzögern.“

Der hierzu eingebrachte Zusatzantrag:

Weiter sind die Gewerkschaften der Auffassung, daß schon nach dem heutigen Stande der Technik und der Arbeitsorganisationen sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt und wirtschaftlich tragbar wäre. Mit den weiteren Fortschritten der Rationalisierung mag diese Forderung immer dringlicher werden.“

Wird ebenso wie die Entscheidung angenommen. Desgleichen die Entscheidung über die Arbeitsmarktpolitik und über die Freizeit der Jugend.

Sodann beantragt Koch (Hüttenarbeiter), dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen. Er wünscht, daß auch die Sachberater in den Bereich des Antrages einbezogen werden. Dem gesamten Personal des Vorstandes sei gleichzeitig der Dank ausgesprochen. Dieser Dank entbehre indessen den Vorstand nicht der Pflicht, zu prüfen, wo es noch besser gemacht werden konnte. (Weisfall.) Der Antrag auf Entlastung wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Der dritte Verhandlungstag

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird in die Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung:

Berücksichtigung der Wirtschaftsdemokratie

eingetretene Genosse Koppitz, der als Hauptredner hierfür vorgeht, erklärt beim Beginn seines Vortrages, daß der Weg zur Wirtschaftsdemokratie keine neue Erfindung von der Überwelt des Sozialismus, sondern lediglich die Bekämpfung des Behauptens, den Weg zur Berücksichtigung des Sozialismus zu führen. Dann folgt Koppitz fort: Der Sozialismus hat bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen neuen Organisationsformen über Konventionen durchsetzt. Der Zweck dieser Durchorganisation ist die Beherrschung des Marktes. Schöpfungsenergie ist bereits mehr als die Hälfte der reinen industriellen Produktion in irgendeiner Form in dieses Netz organisatorischer Bindungen einbezogen worden.

Diese Durchorganisation des Sozialismus bedeutet natürlich nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber wenigstens dazu beitragen beitragen. Denn diese höchste Form sozialistischer Wirtschaftsbearbeitung ist eine Gegenbewegung der Schwerkraft heraus, die sich äußert in dem Forderungen nach Kontrolle der privatkapitalistischen Monopole durch die Gemeinschaft, vertreten durch den demokratischen Staat. Neben die Staatskontrolle muß die

Teilnahme der Arbeiterchaft an der Führung der großen Produktionsorganisationen treten. Wir haben bereits einige Selbstverwaltungskörper auf gesetzlicher Grundlage (Köpie, Kohn), die nicht nur Mangel aufzuweisen und daher einer Reform bedürftig sind. Neben der Regierung zur privatkapitalistischen Organisation tritt als weiteres Mittel der modernen Wirtschaftsentwicklung das Annehmen der öffentlichen Betriebe, wobei endlich als neues sozialistisches Element die eigene Wirtschaftsorganisation der Arbeiterchaft (Konsumgenossenschaften,

Arbeiterbank, Verband sozialer Betriebe usw.). Gleichlaufend mit dieser Entwicklung auf der Produktionsseite gehen die Wandlungen, die sich in der Gestaltung des Arbeitsmarktes vollziehen. Die frühere Freiheit des Arbeitsmarktes, das eine wirtschaftliche Herrschaft des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeutete, ist durch die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften in ihren Grundzügen umgewandelt. An die Stelle persönlicher Vertragsabschlüsse einer Vielzahl von Arbeitern trat das kollektive Arbeitsrecht. Mit sozialen Gesetzen griff der Staat immer stärker in die Freiheit der Wirtschaft ein (Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung). Mit der Arbeitslosenversicherung wurde neuerdings der Reim gelegt für ein neues soziales Güterrecht, für eine Umgestaltung der Verteilungsordnung.

Der Redner streift dann die Rationalisierung. Ziel der Rationalisierung ist die Verringerung der Aufkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterchaft grundsätzlich bejaht. Sofern die Ersparnisse durch rückständige Beschleunigung des Arbeitstempos, durch übermäßige Veranschlagung von Arbeitskraft erzielt werden sollen, muß sie auf den berechtigten Widerstand der Arbeiterchaft stoßen. Denn solche Methoden haben mit echter, fortschrittlicher Rationalisierung nichts zu tun, weil sie nicht berücksichtigen, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft sein muß. Derartigen Auswüchsen muß durch ein

Rückbestimmungsrecht der Arbeiter

vorgebeugt werden. Auch diese Frage mündet also in die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft aus.

Der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems spielt sich also praktisch in unendlich vielfachen Formen ab. Alle Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse tragen daher den gemeinsamen Charakter, daß sie gegenüber der kapitalistischen Autokratie eine Demokratisierung der Wirtschaft fordern. Demokratisierung ist aber nicht nur eine Erweiterung der Rechte, sondern auch eine Ausdehnung der Pflichten. Die Erziehung zur Ausübung dieser Pflichten ist eine Bildungsaufgabe. Daher gehört der Ausbau des öffentlichen Schulwesens, insbesondere der Ausbau der Volkshochschulen, eng zu den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Durch die Beistellung des Bildungsmonopols muß die Gemeinschaft den jungen Menschen die Vollenbung ihres Bildungsganges sichern.

Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise zurückgelegt werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Diese Forderung bedeutet also den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. (Anhaltender Beifall.)

Die Aussprache eröffnet

Müntner (Gemeinbearbeiter). Er ist mit Kapital einig, daß die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie eine Sache langamer Entwicklung sei. Weiter bemerkt man, daß der Referent auf die Bedeutung der Betriebsräte für die Wirtschaftsdemokratie eingegangen ist. Das wäre wünschenswert gewesen, weil der Reicht der Betriebsräte in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden darf. Wenn die Arbeiterchaft, wo immer sie Gelegenheit hat, für die Gemeinwirtschaft wirkt, dann werden wir zweifellos der Wirtschaftsdemokratie erheblich näherkommen.

Brüll (Hüttenarbeiter): Ohne Zweifel sind wir seit dem Kongreß von Weisfall ein Stück in der Frage der Wirtschaftsdemokratie vorwärts gekommen. Es kann für uns heute nur noch die Überlegung gelten, welchen Richtlinien wir für die Zukunft zu folgen haben. Wir befinden uns zweifellos auf dem richtigen Weg; wir haben auch guten marxistischen Boden unter den Füßen und brauchen uns über die Befürchtungen unserer Gegner nur links, daß wir im kapitalistischen Strudel untergehen, auch nicht aufzuregen. Gerade die, die solche Befürchtungen haben, sind für unseren großen Kampf unbrauchbar. Demokratisierung der Wirtschaft ist aber vorwiegend eine Bildungsfrage. Wir werden viel weiter, wenn die Erkenntnis sozialistischer Denkers schon tiefer in die Arbeiterchaft eingedrungen wäre.

Zimmer (Verarbeiter): Der Vortrag hat zur Klärung des Begriffes Wirtschaftsdemokratie viel beigetragen. Wirtschaftsdemokratie in diesem Sinne kann nur mit Sozialismus als Gesamtaufgabe bezeichnet werden. Die uns jetzt vorliegende Entscheidung stellt mit exemplarischer Deutlichkeit auch unsere großen Forderungen und Ziele heraus. Wir müssen alles aufbieten, damit diese Ziele immer wieder im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen. Wer sich nicht für diese unsere Ziele und Forderungen erklären kann, der ist eben unser Gegner und muß als solcher bekämpft werden.

Häsel (Metallarbeiter): Bei der Suche nach der Lösung des Hauptproblems der Wirtschaftsdemokratie müssen die Teilprobleme mit betrachtet werden. Die kapitalistische Ethik besteht darin, daß ein Teil der Bevölkerung von der Ausbeutung des anderen lebt. Dies muß in dem Sinn geändert werden, daß man nicht auf Kosten anderer ein sorgenloses Leben führt, sondern daß man die höchste Leistung für die Gesamtheit vollbringt. Bewußt oder unbewußt strebt man heute ziemlich allgemein danach, in eine höhere Kapitalhöhe hinauszurücken. Das gewerkschaftliche Streben muß darauf gerichtet sein, die Menschen vom Egoismus zum Idealismus zu wandeln. Eine solche Umstellung erfordert aber mehr Ruhe, mehr Zeit zum Nachdenken, mehr Bildung. Es muß also von der Bildungsseite her an die Schaffung der neuen Ethik herangegangen werden. Viele Geschlechter haben ihre Kräfte für die Verwirklichung der politischen Demokratie eingesetzt. Unsere Aufgabe und die des nächsten Geschlechtes wird es sein müssen, den Rest der Demokratie, die wirtschaftliche, zu errängen.

Wagner (Bundesvorstand): Die Klärung, die der Vortrag gebracht hat, erkennen wohl alle Zuhörer an. Trotzdem wissen wir, daß noch nicht mit dem jetzigen Kongreß das letzte Wort über die Wirtschaftsdemokratie gesprochen. Der größte Wert ist zweifellos darauf zu legen, daß Wirtschaftsdemokratie in seiner letzten Vollenbung erst unter der sozialistischen Wirtschaft möglich ist. Die Frage ist, sollen wir uns in Massenaktionen für ferne Ziele erschöpfen oder sollen wir in täglicher Kleinarbeit schrittweise auf dem Wege zum Sozialismus vordringen. Wir wissen, daß kein Wirtschaftsführer der Arbeiterchaft, eingeschlossen die Führer Sowjetmuskows, mit Wuchsan an der Spitze, die Aufgabe löst, daß die kapitalistische Wirtschaft noch lange nicht dem Niedergang entgegengeht und der Zusammenbruch oder der Tag der Umwälzung noch einige Zeit auf sich warten läßt. Wenn das aber so ist, dann wäre es ein Verbrechen, wästen wir warten, bis dieser Augenblick gekommen ist. Es kann nur eins geben: Alle Wege sind Möglichkeiten auszunutzen, die uns der Verwirklichung dieses Zieles näherbringen. (Weisfall.)

Häsel (Hüttenarbeiter) bespricht die Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie. Er weist darauf hin, daß die Eigenverwertung als Faktor der Wirtschaftsdemokratie bereits fähig im Nachhaken ist. Es sind im letzten Jahre von den genossenschaftlichen Unternehmungen bereits mehr als 210 Millionen Wert umgesehen worden. Der Redner spricht sich dann für eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften in dieser Frage aus.

Kraus (Metallarbeiter) bespricht, daß die Entscheidung des Bundesvorstandes einen Anzeichen des sozialistischen Subjektes gleichkommt. Die gewerkschaftliche Opposition, in deren Namen ich spreche, wird stärker und härter werden. Eine Politik beschließen nicht weiter, als die Arbeiterklasse einzuschütern. (Heiterkeit.) Eine Wirtschaftsdemokratie bedeutet ja die Unterbrechung imperialistischer Kriege. (Heiterkeit, Beifall.) Es wird zur Wirtschaftsdemokratie zu sagen haben, daß in einer Entscheidung nicht überlegt, die ich hiermit dem Büro des Kongresses überreichte.

Lamm (Hüttenarbeiter): Sicherlich hat niemand erwartet, daß bei der Behandlung des Problems der Wirtschaftsdemokratie hier auf diesem Kongreß ganz neue Wege gefunden werden könnten. Es ist zwar so, daß die Idee in der Regel die Mutter der Tat ist, aber die Gewerkschaftslogen sind nachgeborene Kinder der gesellschaftlichen Betätigung. Da wird in der Regel erst getan und dann gedacht, was man tut. Und das Denken kommt bei dem einen früher, bei dem anderen später. (Heiterkeit.) Es ist nun eine merkwürdige Sache von Marxisten, die da glauben, die

Möglichkeit, neue wirtschaftliche Erkenntnisse zu finden, habe man aufgehört mit dem Ende der Lebenszeit von Karl Marx. (Sehr Angelegliche Moritzen, die alles von Marx wissen wollen, aber bestimmen das eine nicht gelernt haben, daß man wirtschaftliche gesellschaftliche Erkenntnisse finden muß in den jeweiligen Zuständen. Es ist ein ganz verkehrter Marxismus, der auch heute noch zum Kapital von Marx oder zu dem Buch von Friedrich Engels über die Lage arbeitenden Klassen in England greift, dort seine Erkenntnisse um die heutigen Zustände zu begreifen und der schließlich so weit zu sagen, wenn die heutige kapitalistische Wirtschaft nicht mehr mit dem damaligen Schilberung übereinstimmt, dann darf die heutige Wirtschaft nicht stimmen. (Heiterkeit und sehr gut.) Wenn Marx heute hätte, wir ihm das Referat übertragen, das Kapital gehalten und es wäre dem Sinne nach nicht anders ausgefallen. (Zustimmung.)

Für uns ist selbstverständlich die Betätigung der Wirtschaftsdemokratisierung keine bloße Formel. Wir erwarten etwas Reales davon, wenn wir in der Wirtschaft mitwirken. Wir erwarten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Wir denken heute mehr daran, der kapitalistischen Wirtschaftsführung entgegen zu treten, solange sie noch das Ruder in der Hand hat, die Arbeiterklasse ihrem Elend zufrieden sein läßt. Wirtschaftsdemokratie fordern wir, daß die heutige Wirtschaft den Arbeitern das zu geben, was der natürlichen Lage der Wirtschaft, was dem produktiven Konsum entspricht. Das ist das Reale unserer Forderung der Wirtschaftsdemokratie.

Nicht der schnellste Weg zur wirtschaftlichen Demokratie ist der die Staatsmacht. Wirtschaftsdemokratie fordern heißt in einem demokratischen Staat mitarbeiten! Und es heißt noch etwas anderes. Es heißt, daß die Gewerkschaften, wenn sie den Weg zur Staatsmacht, zur Anwendung der politischen Staatsmittel für ihre Zwecke weiterverfolgen gehen müssen, dann auch enger verbunden sind mit der politischen Partei, die diese Aufgabe zu erfüllen hat. Die

Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei ist bereits geworden

durch die Forderungen, die wir auf unserem Wirtschaftsdemokratischen Programm aufstellen. (Sehr richtig.) Wir können nicht mit Parteizusammengängen, die die praktische Anwendung der staatspolitischen Maßnahmen ablehnen.

Wir werden erwarten müssen, daß unsere Aufgabe, die wir hier wirtschaftliche Demokratisierung formulieren, verabsichtigt wird als Arbeitgemeinschaft mit der kapitalistischen Klasse, daß wir, indem diese Aufgabe stellen und uns zu ihr bekennen, damit der kapitalistische Klasse näherdrücken sollen. Ja, das tun wir damit, daß es gar nicht bezweifelbar. Das Näherdrücken an die kapitalistische Klasse hat aber Bedeutung etwa, wie das Herandrücken einer Herrschaft aus der Staat an die Front. (Sehr gut.) Wir sind es müde geworden, gegen die kapitalistische Wirtschaft nur zu demonstrieren. Wir wollen herangehen an Stellen, wo Wirtschaft gestaltet wird. Das ist Aktion. (Lauter Beifall.)

Damit ist die Aussprache beendet. Sodann wird bei vom Bundesvorstand vorgelegte Entscheidung, die im Sinne der Ausführungen des Referenten gehalten ist, gegen wenige Stimmen angenommen.

Es wird nun in die Beratung der

Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung

eingetretene hierzu als Hauptredner der Bundesvorstand Hermann Müller. Er führt in wesentlichen aus:

Der Ausbau der Leistungen werde „in der vorangehenden WDR“ bedingt gefordert. Heute handele es sich aber um die Organisierung der Sozialversicherung und die Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsträger und um den Ausbau der Selbstverwaltung.

Was auf dem Gebiete der Organisation heute gefordert werden sei auch nicht neu. Es sei immer auf das schäbliche Nebeneinander in der Sozialversicherung verwiesen und die Vereinheitlichung gefordert worden. Diesen Wünschen habe allerdings weder der Gesetzgeber noch die Verwaltung Rechnung getragen, im Gegenteil, im letzten Jahre sei Versicherung der Seeleute als besondere Einrichtung neu aufgebracht worden, Ersatzstellen seien neu zugelassen worden und auf dem Gebiete der Innungskassentätigkeiten würden vom preussischen Wohlfahrtsministerium die unglaublichen Gebilde zugelassen.

Wenn man von der Vereinheitlichung rede, müsse man sich zunächst klar werden, was man zusammenfassen wolle. Der Redner geht davon aus, daß man bei der Zusammenfassung die Arbeitslosenversicherung auszuscheiden habe, weil hier die Ursache der Unterdrückung der wirtschaftlichen Zustände zurückgeführt werden müsse, während es sich bei den sonstigen Zweigen der Sozialversicherung um überflüssige Zustände der Versicherten handele. Man könne auch die Versorgung der Kriegsveteranen nicht gut einbeziehen, denn hier liege eine Versicherung überhaupt nicht vor, sondern lediglich eine Fürsorge des Reiches. Demnach seien ins Auge zu fassen: die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invaliden- und auch die Angestelltenversicherung.

Redner führt die Zahl der Versicherungsträger und der Versicherten an. Im Jahre 1926 gab es in Deutschland 7577 Krankenkassen mit 20258000 Versicherten. Die Zahl der reichsgesetzlichen Unfallversicherungsträger habe 602 betragen und 2482000 Personen bei ihnen versichert gewesen. In der Invalidenversicherung gab es 35 Versicherungsträger mit ungefähr ebensoviel Versicherten wie in der Krankenversicherung, insgesamt waren in Deutschland 8217 Versicherungsträger vorhanden, die nebeneinander arbeiteten. Das Nebeneinander schäbige nicht nur die Versicherten, es machte den ganzen Apparat kompliziert und teuer.

Der Redner lehnt es ab, einen Plan mit allen Einzelheiten vorzulegen, zumal der Kongreß nicht da sei, einen solchen Plan zu beschließen. Er denke an einen einheitlichen großen

alle Versicherungszweige einschließenden Versicherungsträger,

der zu gliedern sei nach den Aufgaben, die er zu erfüllen habe, und danach nach Wirtschaftsbezirken, ähnlich wie die Arbeitslosenversicherung gegliedert sei.

Der Redner geht dann zur Forderung der Selbstverwaltung über und verweist darauf, daß man in der Arbeiterversicherung und Selbstverwaltung immer nur einen Verwaltungsapparat verstanden habe, in dem der Einfluß der Versicherten überwiege. Also einen Apparat, wie ihn auch der § 161 der Reichsverfassung vertritt. Bei der Sozialversicherung handele es sich um die Angelegenheiten der Versicherten. Sie seien vom Staate zu zwei Dritteln organisiert worden, um sich in bestimmten Fällen selbst zu versorgen. Es sei selbstverständlich, daß dabei den Versicherten auch der überwiegende Einfluß in der Verwaltung eingeräumt werden müsse, ohne Rücksicht auf die Beitragsleistung der Unternehmer, da diese die von ihnen verauslagten Beiträge doch an die Warenpreise abwälzten.

Der Redner kommt dann zur Gewerbeaufsicht. Gewerbeaufsicht und Sozialversicherung ständen weit mehr in Zusammenhang, als die ständige Betrachtung anzunehmen geneigt sei. Wenn durch die Arbeit auf sich dafür geübt würde, daß Betriebsräte und Betriebsmittel eingerichtet seien, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter so wenig wie möglich gefährdet seien, so zeige das, in wie hohem Maße die Versicherungsträger an dieser Aussicht interessiert seien. Der Vorstand des ADGB habe deshalb in dem Vorschlagsentwurf, den er im Februar veröffentlicht habe und in dem die Forderung aufgestellt sei, daß die

Gewerbeaufsicht zu einer Sache des Reiches

gemacht werde, auch den Ausbau der bisher von den Berufsvereinigungen ausgeübten Aufsicht eingeschlossen. Wenn eine Reichsgewerbeaufsicht geschaffen und auch hierbei eine Gliederung der Bezirke in Wirtschaftsbezirken ins Auge gefaßt werde, dann lasse sich in den einzelnen Bezirken durch die Einstellung von Spezialisten und Gewerbeärzten ein stab von Aufsichtsbearbeitern schaffen, der einheitlicher und prompt arbeiten werde als heute die staatliche Gewerbeaufsicht und die Berufsvereinigungen zusammen. Auch hier müsse allerdings die Selbstverwaltungskörper eingerichtet werden, bestehend aus Unternehmern und Arbeitern, der für täglich pulstendes Leben in der Gewerbeaufsicht Sorge.



Familie und Heim



Geistesgegenwart der Frau

Wir sind alle samt und sonders ziemlich abgehärtet in unserm Denken an die Gefahren, die uns umlauern. Der elektrische Strom ist uns vertraut, das Gas im Rohr und das Wasser in der Leitung. Gewohnheit macht gleichgültig. Man liebt wohl, da und da sind zwei Straßenbahnen zusammengefahren, dort ist ein Eisenbahnunglück passiert, aber immer wieder setzt man sich feierlich in die Bahn. Man ist ja schließlich auch darauf angewiesen. Die Männer am Kran, die vor dem Hochofen, die mit dem glühenden Eisen im Tiegel — sie alle wissen wohl von den Gefahren, in denen sie schweben, es macht ihnen aber nichts mehr aus. Ruhig und sicher bewegen sie sich zwischen den Gefahren, immer geistesgegenwärtig. Es sind glücklicherweise nur wenige, die sich Fahrlässigkeiten zuschulden kommen lassen; und auch dann fragt es sich noch, ob sie nicht übermüdet waren, als ihre Aufmerksamkeit nachließ.

Wie aber benimmt man sich im eigenen Hause, wenn da etwas passiert? Der Arbeiter in der Fabrik kennt im großen ganzen die Maßnahmen, die im Falle einer Gefahr oder eines Unfalles zu ergreifen sind. In den Familien aber, besonders bei den Frauen, kann man mitunter auf die größte Unkenntnis der Hilfsmittel stoßen. Es gibt leider Dinge, um die sich Frauen grundsätzlich nicht kümmern. In aller Seelenruhe überlassen sie alles dem Manne.

Ist nun ein Unglück geschehen, dann darf man sich nicht mit müßigen Forderungen auseinandersetzen, mit nutzlosen Fragen: Wie war das bloß möglich? Die erste Sorge muß sein, wie befreie ich Mann, Frau oder Kinder aus der augenblicklichen Notlage, auf welchem Wege erreiche ich am schnellsten Hilfe für die Verwundeten? Vor allem darf man sich nicht verwirren lassen.

An Hand von Beispielen läßt sich manches besser erklären. Nehmen wir an, es ist Nacht. Alles liegt im ersten tiefen Schlaf. Herr X. wird wach. Jemandem war ein Knistern. Wieder Stille. Er springt auf. Versucht Licht zu machen. Das Licht verloscht. Die Wand ist heiß. Feuer? Er ruft die Frau an. Sie schläft fest. Er rüttelt sie wach. Die Kinder! Er stößt das Fenster auf. Er sieht aus dem Stüchfenster hellen Schein leuchten. Feuer, Feuer! ruft er. Er ergreift die Kinder und stürzt zur Tür. „Komm, komm!“ ruft er der Frau zu. Sie aber kann sich nicht befinden, erkennt plötzlich den roten Schein und stürzt ohnmächtig zusammen. Sie hatte den Kopf verloren, die Geistesgegenwart. Unter diesen Umständen kam vor wenigen Wochen ein 23-jähriges Mädchen um, obwohl man sie geweckt hatte.

Ein anderes Beispiel: Lichterloh brennt ein Haus, man rettet, was zu retten ist, Menschen und Vieh sind in Sicherheit, aber alles schreit und ringt die Hände, denn das Nachbargrundstück ist bedroht; alte Frauen kreischen und stammeln Gebete und Bittgesungen und bei dem ganzen Durcheinander denkt keiner an die Feuerwehr, die alarmiert, herbeigerufen werden muß.

Ja, wissen überhaupt alle, wo der nächste Feuermeldeort sich befindet? Weiß auch jeder, wie eine Feuermeldung zu handhaben ist? Daß das manchmal nicht so einfach ist, wenn man nicht Weisheit weiß, zeigt folgende kleine Geschichte: In einem Hause brennt. Die Köchin soll schnell, schnell gehen, die Scheibe einschlagen beim Feuermeldeort. Sie läuft in die nächste Straße, sieht die rote Laterne mit der Aufschrift „Feuermeldeort“. Sie hat aber keine Ahnung, daß der eigentliche Feuermeldeort sich an der Wand des Hauses befindet, die rote Laterne aber nur der Hinweis darauf ist. So hoch kann doch aber keiner reichen zum Scheibeneinschlagen! Sie zieht also ihre Pantoffeln aus und fängt an zu werfen, immer nach der roten Scheibe, bis Vorübergehende auf sie aufmerksam werden!

Bei Feuergefahr sollte der erste Weg zum Feuermeldeort sein, und kann man selbst aus der Wohnung nicht mehr heraus, dann den anderen zuzurufen: Feuerweh alarmieren! Die kleinen Handfeuerlöcher sind ja leider noch zu teuer, als daß sie von einer Einzelfamilie schon gehalten werden könnten.

Was tut man bei einem Wasserschaden im Hause? Wo wird das Wasser abgeleitet? Beim Wasserschad ist natürlich. Also schnell, Mama, rufe das Wasserwerk an. Ja, hier im Hause ist aber doch kein Telefon. Nun, vielleicht beim Kaufmann drüben! Derweilen strömt das Wasser... Ach, entschuldigen Sie, Herr Meister, ich muß mal telefonieren. Frau, verbinden Sie mich mit dem Wasserwerk! Hier ist städtisches Wasserwerk. Ach, stellen Sie doch bitte das Wasser ab, hier in der H-Strasse Nr. 33 ist ein Rohr gebrochen. Ja, hier ist die Kaffe vom Wert, ich verbinde Sie aber... Und währenddessen fließt das Wasser durch die Räume, über die Treppen, durchweicht die Decken, verdrückt die Möbel, und es hätte doch ein Griff am Hebel des Hauptabzuges im Keller genügt, um das Wasser im Hause zu verdrängen! Von diesem Hauptabzug sollten alle Mieter wissen, wo er sich befindet. Vor allem darf die Hausfrau nicht ratlos dem strömenden Wasser zusehen, sondern den kurzen Weg der Selbsthilfe gehen.

Die Elektrizität ist eine gute Freundin der Hausfrau, wenn sie sie nur richtig handhabt. Kurzschluß, dies glühende Geflecht, umlauert nur alle diejenigen, die ihre Einrichtungen nicht in Ordnung haben und einen beschädigten Leitungsstrang noch für zu schade halten, als daß man ihn schon erkennen müßte. Auch diejenigen, die mit kalten Händen Schalter und Sicherungen berühren, bringen sich in Gefahr. Sei es aber der Früh oder die Anna leichtsinnigerweise aus bloßer Spielerei eine Haarnadel oder eine Schere in den Kontakt, den Verbindungsschalter gesteckt und hängt nun, durch den Strom gebunden, fest, dann blößt in aller Welt nicht Hilfe schreiend herbeizurufen, denn wenn das Kind sterben oder zum mindesten sich die Hand sehr verbrannt. Auch nicht das Händchen selbst aufpassen wollen, dann bleibt man nämlich mit hängen! Den ganzen Körper aufpassen da, wo die Kleider sind, denn Stoff isoliert, das heißt läßt den Strom nicht durch. Dann muß man den ganzen Körper zurückziehen, dabei darf man nicht zögern und gute Nachbarnen sind dazu höchst überflüssig.

Man muß von einem Mann erwarten, daß er mit Gas umgeht und es darauf ist, dann darf man nicht fassungslos in den Raum hineinspringen, um den darin befindlichen zu befreien, sondern muß mit einem offenen Licht. Das erste muß sein, mit einem offenen Licht vor dem Brand das Fenster zu öffnen. Dann erst kann man weiter etwas unternehmen zur Rettung.

Es ist es in jedem einzelnen Fall notwendig, daß man den roten Kopf behält. Und Frauen sagt man ja so gerne nach,

daß wir leicht kopflos würden bei Gefahr. Es gab auch eine Zeit, in der es als besonders vornehm galt, wenn man sich in die Ohnmacht rettete, wenn etwas passierte. Wir haben aber nicht den geringsten Grund zu solcher Theaterspielerei. Im Gegenteil. Mehr denn je wird auch von uns Geistesgegenwart, Mut, Selbstständigkeit im Denken und Handeln verlangt. Diese Forderungen muß jede Frau an sich stellen. Geistesgegenwart ist eine Eigenschaft, die der Frau sehr gut stehen kann, und in ihrem häuslichen Wirkungskreis kann die Frau sie oft genug gebrauchen. Die Zeiten sind glücklicherweise vorüber, wo es für richtig befunden wurde, wenn die Frau so recht unselbständig war. Wenn es nach bestimmten Kreisen ginge, wir würden sehr bald wieder in der Verfertigung verschwinden mit Stimmrecht, Berufsmöglichkeit und Denkfreiheit.

Selbstverständlich ist Geistesgegenwart etwas, das in jedem Falle anders aussehen wird. Man kann ja auch gar nichts dabei vorhersehen. Jedes Ereignis schafft eine besondere Lage, jede Lage verlangt andere Angriffspunkte; das Entscheidende liegt aber immer in der Art, wie sie angepaßt wird. Da kann die Frau sehr oft einfach gar nicht auf den Mann warten. Wenn sie dann den Kopf verliert, ist für sie, für die Kinder und oft für das ganze Haus alles verloren!

Ja, soll man denn nun immer in einer ewigen Angst leben: Es könnte vielleicht einschlagen oder vielleicht brennen oder eine Überschwemmung eintreten, es könnte... es könnte... Dann würde man ja keines Lebens nie froh werden. Geistesgegenwart hat nichts zu tun mit dauernder Angst, sondern sie ist eine wohlüberlegte Tatbereitschaft, zu der man sich selbst erziehen kann und muß.

Wir müssen auch da uns freimachen von Vorurteil und Althergebrachtem und — von Bequemem! Es ist Pflicht der Frau, sich zu Geistesgegenwart zu erziehen durch Vorsicht, Einsicht und Kenntnisnahme aller Erzeugnisse der Technik und der Wirtschaft. Unsere Gleichberechtigung können nur wir selbst als unanfechtbar beweisen! Hildegard K.

Bergsommer

Das ist ein Sprühn und Gleisen!
Die Sonne schenkt uns höchste Glut.
Ein Glücksranz braußt durch unser Blut
Wie seliges Verheizen.

Die Berge stehn im Glanze.
Die Gletscher sind ein Strom von Gold.
Die blumigen Matten leuchten hold
Aus dunklem Tannenranz.

Du sonnentrunknes Heute!
Die Semrin juchzt, der Geißhub singt.
Der Herden lustig Tauten klingt.
O Sommerlust und -freude!

M. S. 411

Die Frau im Sprichwort

„Sprichwort — wahr Wort“, so sagte man einst. Zutreffend! Denn Sprichwort ist volles Wort, vollständiges Wort. Und das Volk ist es ja, das die Erfahrungen des praktischen Lebens macht und die aus diesen Erfahrungen gezogene Weisheit und Lebenserfahrung so ausdrückt, wie ihm der Schabel gewöhnlich ist. Daher ist Sprichwort weisheitliche Lebensweisheit, Lebenserfahrung, kurz und bündig ausgedrückt. Was dem Volksmund entfließt, kann nicht unecht, muß vielmehr unmittelbarer Ausdruck echten Erlebens sein. Aber unsere Zeit hat viel vom Sinn fürs Echte eingebüßt. Man liebt das Vermittelte, Künstliche, Gefälschte! Das schlichte Sprichwort entspricht unserm Seelenzustand nicht mehr. Es wird verdrängt vom geistreichen, oft „geistreichelaber“, jargonierten „Ganz besonders dem „modernen“ Weib, der Sublimop-Kameradin, glaubt der Mann nur noch mit „Epiru“ kommen zu dürfen. Sprichwörter? Sogar! Die sind für die Kinderknebe, nicht für das Weib.

Einmal bestand bei unserm Volke dieses echte Verhältnis. Und spiegelt sich im Sprichwort. Wie wäre es, wenn wir uns einmal auf diese, gar nicht so weit zurückliegende Vergangenheit besäßen und der modernen Dame ein Spiegelbild des „Weibes“, der „Frau“ von ehemals vorhielten? Aber auch dem modernen Mann. Auch für ihn wird es nützlich sein, dieses Spiegelbild zu betrachten. Vielleicht, daß er danach sein Verhältnis zur Frau ein wenig pariert!

Ehret die Frauen! Sie flechten und weben himmlische Rollen ins irdische Leben...

Dieser Idealismus Schillers mißfällt dem modernen „Herrn“. Er findet ihn sentimental. Er hält es mit dem großen Frauenkenner Goethe: „Dieners lerne begehren das Weib nach ihrer Bestimmung.“ Aber ist es nicht merkwürdig und höchst bezeichnend, daß man gerade bei diesem vielzitierten Dichtwort preis den Nachsatz unterdrückt und so Veranlassung und Anlaß des Dichters verliert? Denn also läßt Goethe die kluge Dorothea sprechen:

Dieners lerne begehren das Weib nach ihrer Bestimmung; Denn durch Dieners allein gelangt sie endlich zum Herrschen; Ja der verdienens Schwall, die doch ihr im Hause gebort.

Ja, hier liegt es! Durch Dieners zum Herrschen! Hier stimmt der Dichter mit dem alten Sprichwort überein: „Ein fromm Weib beherrscht den Mann durch Gehorsam.“ Zwar: Die Worte ist das beste Mittel gegen Krämpfe“, aber der da schlägt kein Weib, trifft seinen eignen Leib“ und „Ist eine liebe Frau im Haus, so laßt die Straße zum Fenster hinaus.“

Schöpfung Frau, der das gezeichnete deutsche Profaß des 16. Jahrhunderts, deutet das alte Sprichwort: „Eine Frau soll der Schwachs Art haben“ wohl zurecht, denn, sie soll zuweilen dahinter bleiben, denn sonst erg. h. es ihr wie den Schanden, die da sterben und verderben, wenn sie die jugendliche Hülle ihres Hauses verlassen. Besonders wenn Krämpfe im Hause ist, muß die Frau daheim bleiben, denn: „Wo eine Frau ist, da geschieht dem Kranken kein Weh.“ Auch ist dem Kranken wohl zu: „Kein Leid dem Weibe besser, als Schwächen.“ So aber dashalten einer solchen jugendlichen, häuslichen und idyllischen Frau durchaus jenseits sein, so muß sie noch dazu die Jugend der Sparbarkeit begehren. Aber schließlich: „Eine Frau geschwinder im Färuch es fort-

trägt, als ein Mann mit dem Wagen es herführen kann“ (das Geld nämlich). Oft kann die Frau nicht haushalten, nicht rechnen. „Entweder Federhut oder Bettelstange“, sagt dann das Sprichwort. Und wenn die Armut zur Tür einget, fliegen Liebe und Frieden zum Fenster hinaus! Der treffliche Grundtag: „Widerstehe den An-fängen!“ gilt ganz besonders auch gegenüber der Frau. Der Mann muß die Frau beim ersten Laib Brot ziehen“ und „Sie vor der Hochzeit wenden, denn nachher ist es damit zu Ende!“ Er muß schon vor der Hochzeit — und nicht erst nachher, wenn damit zu spät ist — zusehen, ob seine Auserwählte nicht etwa zu der Gattung Mädchen gehört, von denen das Sprichwort gilt: „Wenn Mädchen pfeifen und Hüner krähen, dann soll man beiden den Hals umdrehen“, und denen man mahnen darf: „Ein Mädchen darf nicht so lange müßig gehen, wie eine Taube ein Korn aufspießt.“ Der Mann soll eben vor der Hochzeit bedenken, daß „Schönheit ver-geht nur Jugend besteht“ und daß „Küchlichkeit das beste Heilmittel“ ist; auch, daß eine gute Hausfrau aus der Kartoffel viel Gerichte machen kann.“

Es ist wahr: „Weiber nehmen ist nun mal kein Pferdehandel“, auch insofern nicht, als man dabei nicht auf Gewinn, nicht auf die Mühsal abstellen darf. Denn: „Bei der Mann vom Weib allein, so muß er auch ihr Spielmann sein.“ Und „Geldheiraten hat der Teufel gekuppelt!“ Es ist leichter, einen Sad voll Höhe zu hühen als ein Dugend Mägdelein“, und namentlich dem Weichen springen die Töchter leicht davon. Denn: „Der Arme behält seine Hüner, der Reiche seine Töchter nicht lang!“ Aber auch ein armes Mädchen braucht nicht ganz ohne Hoffnung zu sein. Denn: „Kein Topf ist so schief, es paßt doch ein Deckel dazu.“ Der Mann aber, der sich so einen „schiefen Topf“ ins Haus gebracht hat, sieht dann ein, daß „Freien und Baden nicht immer gerät“. Aber er kann vieles bessern, wenn er an die oben zitierten Worte Dorotheas denkt, daß man die Frau zur verdienten Gewalt im Hause kommen lassen muß. Zwar: „Eine alte Mutter im Haus ist ein guter und seltener Baum drum“, aber sonst darf sich keine andere Frau neben die Hausfrau stellen. Denn: „Wenn ein Haus noch so groß ist wie der Rhein, es paßt doch nur eine Frau hinein.“

Die Kaufkraft der Arbeiterklasse

In ihrer Kaufkraft hat die Arbeiterklasse ein vortreffliches Kampfmittel. Es ist so wirksam wie der Streik. Es kann auch von Frauen und Kindern angewendet werden. Und es kostet keinerlei Opfer, sondern bringt nur Vorteile. Die Anwendung dieses vorzüglichen Kampfmittels besteht darin, den Bedarf an Waren im eigenen Laden, in dem Konsum über ein zu decken. Hier gibt es wohlfeile Waren und geliche Vergünstigungen obendrein. Wird das sauer verdiente Geld des Arbeiters in den Konsumverein getragen, werden Hunderttausende von Kaufleuten, Krämer und Zwischenhändlern ausgeschaltet, die alle am Tisch der Nation mitessen, ohne produktive Arbeit zu leisten. Wird gleichzeitig Hunderttausende von Arbeitern in den Genossenschaftlichen Beschäftigung und Unabhängigkeit verschafft. Wird das Heer der Arbeiter vergrößert, die sich eines anständlichen Lohnes und des Achtstundentages erfreuen. Wird die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse beträchtlich vergrößert. Und dies wirkt sich für die ganze Arbeiterklasse aus, indem es ihren Wohlstand vermehrt und ihre endliche Erlösung vom kapitalistischen Joch fördert.

Der jetzige Chirurg

Ein eigenartiger Prozeß ist gegenwärtig in Paris anhängig. Ein Kaufmann namens Joseph Gaillard litt seit längerer Zeit an einem Bruchhaden. Schließlich unterzog er sich einer Operation. Groß war jedoch sein Erstaunen, als er hinterher erfuhr, daß ihn der angehene Chirurg am Blindarm operiert hatte. Gaillard behauptet aus Zerstreuung. Tatsache ist, daß die Operation den Bruchhaden unbehelligt ließ und daß die Verletzung eines Patienten den Chirurgen sichtlich in Verlegenheit brachte. Gaillard bleibt dabei, daß ein Irrtum vorliegt; der Chirurg habe den Bruchhaden vergessen und erst im Laufe der Aussprache sich herauszudenken gesucht, indem er vorgab, nach dem Einschnitt in den Leib habe er eine Blinddarmentzündung festgestellt und die Entfernung des Wurmfortsatzes für dringlicher gehalten. Als daraufhin Gaillard die Honorarfrage anschnitt, erklärte sich der Chirurg bereit, zum vereinbarten Preis auch noch die Bruchoperation vorzunehmen. Dieses nicht übliche Zugeständnis verfuhr nur den Verdacht des Patienten, der dabei bleibt, daß er nicht im geringsten am Blindarm gelitten habe und 70 000 Franken Schadenersatz für die ungerechtfertigte Verkleinerung seines Blinddarmes verlangt. Der Gericht kann sich anscheinend nicht leicht dazu entschließen, einen derartigen Fall von Zerstreuung anzuerkennen und läßt die Angelegenheit vorerst durch Sachverständige nachprüfen.

Rücksichtslosigkeit

Neulich wäre mir auf der Ringstraße fast etwas passiert; nur ein kühner Sprung rettete mich im letzten Augenblick vor dem in Wien sehr beliebten Tod auf dem Felde der Autoverlei. Glücklich dem Leben wiedergegeben, vernahm ich schon die jätlich beizogen Worte des an dem „Fast-Unfall“ leidtragenden Chauffeurs: „Nimm an! nüt aufpassen, teppater Quä? Wann Sö jagt hin war'n, noch verliert i no am End mei Bizeng!“

Die langen Gestirte. Die Karnevalszeit hat neben der Verübung mehr oder minder „geistreicher“, immer wiederkehrender Scherze auch günstige Gelegenheit gegeben, d-m Witz und der Satire über Geizstände die Flügel schenken zu lassen. So konnte man in der Karnevalszeit von Weizkirchen in Ungollawien eine Bekanntmachung der Priester lesen, die weit über den örtlichen Bezirk hinaus verständnisvolles Gm. esse finden dürfte: „Essentielle Bekannmachung! Weiber sind wir geneigt, für das Rasieren ab heute fünf Dinars zu beanspruchen, da alle Leute seit dem neuen Steuerzitat so lange Ge-sücker machen, daß wir gegen früher die doppelte Fläche bearbeiten müssen.“

Leise schlich der Eindreher in die Wohnung. Aber nicht leise genug. Denn plötzlich hörte er die Stimme einer Frau hinter der Tür: „Wenn du dir nicht die Schuhe ausziehst, ehe du reinkommst, dann gib's Kraach, sage ich dir! Seit Mittag regnet's, und jetzt trampelst du mit deinen dreizehn Nieten über meine Teppiche! Mach, daß du reinkommst und zieh' dir die Stiefel aus!“

Wortlos machte der Eindreher lehr. Aber er zog nicht die Schuhe aus, sondern ging auf die Straße. Und sein Schmierseher sah eine Träne in seinem Auge glänzen: In dem Haus kann ich nichts stehen, sagte er. „Es erinnert mich zu sehr an zu Hause!“

In einer Gesellschaft messen sich zwei Forschungstreisende im Auf-schneiden. „Als ich kürzlich in Indien war, habe ich einen Stamm tiefenhafter Menschen entdeckt. Durchschnittlich waren sie so groß, daß ich ihren Kopf nur berühren konnte, wenn sie sich auf die Knie nieder-liegt.“ — „Das ist noch gar nichts“, versicherte der andere Lichtling. In Zentralafrika traf ich auf einen Negerstamm; die Kerle waren so dunkel, um sie zu sehen, mußte ich ein Streichholz anzünden.“

Die Sünder

Wir Armen sind alle Sünder,
weil wir viel zu geduldig sind.
Weil wir uns beugen und kuscheln —
aus Furcht sind wir taub und blind.

Wir Armen tun Buße und Bitte:
Herrgott, schlage uns noch mehr.
Gib uns wieder Fürsten und Diplomaten
und ein falterlich-siegreiches Heer.

Wir Armen sind alle Sünder —
o wären wir echt und ganz:
Dann wollten wir rote Fackeln
und tanzten den Feueranzug.

Uns wäre die Feigheit vergeben,
keine Buße und Beshle ist not.
Wir wären frei von Sünde —
und brähen ein eigenes Brot.

Max Dorn

Der Mantel

Franz Winter saß in seiner Manfärde und starrte auf die
möglichen Dienen. Seine Mundwinkel hingen schlaff nach unten.
Manchmal pudelte er verächtlich vor sich hin. Er sah schon seit
Stunden so und grübelte. Und immer wieder fragte er sich, ob es
überhaupt noch zu etwas nütze sei, dies trostlose Dasein zu leben.
Zwei Jahre lang er ohne Arbeit herum; trug sich mit einem emigra-
tionstauglichen Koffer durch die Straßen. Ausstellungen? Ein Tropfen
auf den heißen Stein. Man bezog die drückendsten Schulden und
stand wieder vor dem Nichts. So war es immer gewesen. Und konnte
dieses vegetieren nicht noch Jahre dauern?
Er erhob sich stöhnend und rückte den gebrechlichen Stuhl an
den Tisch. Müde, schleppenden Schrittes ließ er einige Male im
Zimmer auf und ab; blickte dann vor dem eisernen Schreibtisch
und strich mit der Hand über das Kopfkissen. Nur noch eine Nacht
durfte er hier schlafen. Die Wirtin hatte ihm gekündigt. Er dachte
ohne Grund an die alte Frau, die jetzt nicht mehr war, wie sie sich mit
den kleinen Meute durchs Leben schleppen sollte. Sie brauchte einen
Mieter, der pünktlich bezahlte und nicht wie er wochenlang die
Miete schuldig bleiben mußte. Nur noch eine Nacht — und dann?
Ein Nachtlager in der Herberge, im Asyl für Obdachlose oder in
einer billigen Kneipe. Etel schüttelte ihn.

Der Hunger mühte wieder in seinen Därmen... Franz erzwang
hin und her, wie er sich ein paar Mark Geld verschaffen konnte. Dort
stand der Kleiderkasten. Er war leer. Die Anzüge, die er besaß,
hingen in Wandhängern und beim Trödeln. Er hatte jedesmal
feilsche Schmerzen empfunden, wenn er gezwungen wurde, wieder
ein Kleidungsstück zu verkaufen. Es war ihm, als müßte er ein
Stück von seinem Ich ausgeben. Jetzt behagte er nur das, was er auf
dem Beibe trug und — den Regenmantel. Ein praktisches Kleidungs-
stück, man konnte es zu jeder Jahreszeit tragen und was das wich-
tigste war — es verdeckte den zerfetzten Anzug. Sollte er den
Mantel verkaufen? Nein! Es ist leichter Arbeit zu finden, wenn
man einigermaßen gut angezogen ist, sagte er sich immer wieder,
aber der inurende Magen rüde eine jocularere Sprache. Mit einer
schönen Bewegung griff er den Mantel vom Nagel und schickte sich
an, zum Trödeln zu gehen. Als er die Treppen hinaufstieg,
brumnte er: „Ich tue es ja nur, um mich einmal satt zu essen...“
Ein gutturaler Klang aus diesen Worten. Ein Ton wie von bruchenden
Ästen...

Zwei Tage später... Franz war obdachlos. Die letzten Groschen legte
er für eine warme Suppe in der Volksschule auf den Tisch. Seit dem
Nachmittag regnete es... Als der Abend kam, goß es in Strömen...
Den Mantel trug er hochgehalten, die Hände in den Taschen vergraben,
schritt er durch die Straßen... Was ihn umgab, erjagte ihn häß-
lich; der Asphalt war sumpfig, die Schmutzhaufen andringlich er-
leuchtet, die Menschen rassistisch. In seinem Herzen brannte ein
grenzenloses Weh — Traurigkeit.

Winternacht! — Seit Stunden irrte Franz in den Anlagen
umher... Der Regen presste sich an seinen Körper... Wie nasse
Lücher lebte der Anzug an ihm... Immer dachte er an seinen
Mantel. Er hätte doch lieber hungern und ihn nicht verkaufen
sollen... Während über sich selbst sich er einen Fluch durch die
Dahne. Vergeblich suchte er in seinen Taschen nach einigen Krümeln
Lohn... Er war in einer verzweifelten Stimmung und die Nacht
spürte ihm endlos.

Wie ihm der Regen ins Gesicht rann! Er hatte keinen trockenen
Faden mehr am Beibe... Ihn rüstelte. Bloßlich schloß es ihm durch
den Kopf: „Du mußt dir den Mantel wieder beschaffen! Ganz gleich
auf welche Art! Du brauchst den Mantel...“ Diese Stimmen ließen
ihn nicht mehr los. Sie zwangen zum Nachdenken. Auf einmal er-
hellte sich sein schmales, ernstes Gesicht und langsam, jedes Wort be-
tonnend, sagte er: „Ich hole mir den Mantel wieder...“ Er schüttelte
sich froher bei diesem Gedanken. Unwillkürlich schritt er rascher aus.
Sein Schritt wurde fester... Irgendwo schlug eine Uhr die dritte
Stunde... 14 Uhr konnte man in den Wartesaal des Bahnhofs
gehen und sich auswärmen. Franz spitzte die Lippen und begann ein
Ved zu pfeifen.

Später. Die Frühzüge fuhren lauchend in die Bahnhofshalle
und durch die breiten Tore ergoß sich die Woge der Arbeiter, die in
der großen Stadt Arbeit und Brot fanden. Auch Franz, der einige
Stunden in der Ecke des Wartesaals auf einer Bank gesessen hatte,
schritt wieder auf der Hauptstraße dem Zentrum zu. Er bewachte die
vielen Proletariat, die jetzt von zu Hause kamen, in warmen Westen
geschlafen hatten und nun an ihre Arbeitsstätten gingen. Wie gerne
hätte auch er gearbeitet... Seine Miene war ungewohnt. Er pflegte
eine äußere Starrheit immer zur Schau zu tragen, wenn er inner-
lich befeuert war. Erst als er vor einem Schaufenster stehen blieb,
beranderten sich seine Züge. Er erschrak, als er sich in der Spiegel-
scheibe sah. Ein Mensch mit einem mageren, uncasterten Gesicht
blickte ihm entgegen. Er sah übermäßig aus. Die Augen lagen tief
in den Höhlen und waren gerötet. Scham überkam ihn... Was
hätte es genützt, daß er den Anzug immer so unendlich sorgfältig
behandelte, jeden Fied mit Benzin entfernte, jede schadhafte Stelle
von der Wirtin befeuern lassen ließ? Er blieb trotzdem verflissen.
Die durchgeschuerten Knie waren ohne den Mantel nicht zu ver-
beden... Er wandte sich verdrossen ab und ging weiter.

Franz verstand jetzt den Posten, der ihn gestern vom Sobri-
hof jagte. Der heruntergekommene Kerl, den er eben im Spiegel ge-
sehen hatte, wurde von seinem Arbeitgeber eingestellt. Schaute er
nicht aus wie ein Landstreicher, wie ein Pennbruder? Er mußte sich
unbedingt den Mantel wieder holen, der den verregneten Anzug
wenigstens etwas verbarg. Unter solchen Betrachtungen war er
bereits in die Gasse eingebogen, in der der Trödel wohnte. Doch
je näher er dem Ziele kam, desto mehr wurde ihm die Zwecklosigkeit
seines Vorhabens bewußt. Der Trödel würde bestimmt keine Bitte
verleihen. Den Mantel zurückgeben ohne Geld? Das tat kein Ge-
schäftsmann... Und wenn er hundertmal beteuern würde: „Ich
bringe Ihnen die Summe, wenn ich wieder Arbeit habe...“ Frucht-
los Beginnen. Es blieb nur der andere Weg...
Mit klopfendem Herzen und freudeüberglänzttem Gesicht stand
er an dem kleinen Laden. Sein Regenmantel hing vor der Tür...
An einem Mantelknopf ein Zettel... Er las den Preis und ballte
vor Erregung die Fäuste, daß er die Nagel im Fleisch spürte. Der
Trödel verlangte das Doppelte der Summe, die er ihm gegeben
hätte. Franz trat rasch in den Torbogen des gegenüberliegenden

Ganges und mußte, daß nun, in Sekunden, sich alles entscheiden
müsse. In ihm wuchs der Mut, den die Verzweiflung gibt.
Noch ein kurzes Warten, dann tappte er mit vorläufigen Schritten
und angehaltenem Atem über das buclliche Plaster der Gasse
zurück... Jetzt — ein rascher Griff... „Halt!“ rief er eine Stimme.
Über Franz lag schon wie ein Kalender davon. „Halt! Halt!“ Er
preßte den Mantel fest gegen seinen Körper... „Hörte, wie Menschen
hinter ihm her schrien. Den Fall ihrer Tritte... Nüher kamen die
Fächer... Er rannte blindlings in eine Verkehrsstraße... Straßen-
bahnen, Autos, Menschen. Neuchenden Atems, wie ein Befehlener
laufen, verjagte er den Fahrbahn zu kreuzen. Er blickte für den
Bruchteil einer Sekunde zurück. Nur noch wenige Meter trennten
ihn von den Verfolgern. Da brauste ein Auto heran... Suppe...
Er sprang erschrocken zur Seite... Der Mantel entglitt seiner
Hand... Franz schrie auf und — blieb stehen. Der Heiser des
Sattwagens drückte den Mantel in eine Büche und fuhr darüber hin-
weg... Sein Mantel beschmutzt, zerfetzt — ein Lumpen... Er
wollte weiter flüchten... Ein Faustschlag traf ihn ins Gesicht...
Er taumelte, wurde wieder hochgerissen und starrte wie ein Irzer
in den Menschenhaufen... „Ich wollte nur meinen Mantel wieder-
haben...“ „Lachen schlug auf ihr Ohr... Er sah den gestikulierenden
Trödel... Einen Polizisten... Kaltes Eisen drückte am Handgelenk...
Wie aus weiter Ferne hörte er jemand sagen: „Im Gefängnis
brüchigt du deinen Mantel.“ Dann taumelte er neben dem Polizisten
wie ein Betrunkener nach der Polizeiwache. Rudi Elm.

Nur einmal lebt der Mensch

Wir haben Menschen unter uns, die besitzen ein herrliches
Haus mit den erlesensten Möbeln und Bildern und Teppichen mit
edlem Porzellan, guten Büchern und einem köstlich abgestimmten
Klavier. Diese Menschen gehen durch die Stadt, sie gehen an den
Wohnungen der Arbeiter vorbei und — schämen sich nicht! Sie
sind sogar noch stolz auf ihr schönes Haus.

Wir haben reiche junge Menschen, die im Wagen spazieren-
fahren und ohne Scham zusehen, wie ein gebrechliches altes Mütter-
chen oder ein Invalide zur — Arbeit humpelt. Und sie schämen
sich nicht, sondern sie sind auf ihr Fahrzeug noch stolz!
Wir haben Menschen unter uns, die gehen am frühen Morgen
zum Fischen, am Nachmittag trinken sie ihren Kaffee in einer
Konditorei, am Abend haben sie Gäste oder sind selber zu Gäste.
Und sie sehen, daß viele andere Menschen dies alles nicht haben,
sondern am Morgen und am Mittag zur Arbeit gehen und abends
müde heimkehren. Sie sehen es und schämen sich nicht, sondern sind
gar noch stolz auf ihre Höhe.

Wir haben Menschen unter uns, die verrichten eine wertvolle,
glücklich machende Arbeit zu den Zeiten, da sie es betreiben, ohne den
bestehenden Mißstand einer Fabrikpfeife, und sie sind gar noch so dreist,
die Fabrikpfeife für andere am Morgen recht früh und am Abend
recht spät hören zu wollen. Und schämen sich nicht.

Es gibt Menschen, die geben in ihren eigenen Häusern geist-
volle Gesellschaften und Schmaßen von Kultur und Kunst und Moral
und lassen sich dabei aufwarten von einem dreifertigen Mitmenschen
und schämen sich nicht.

Unsere Kultur ist so beschaffen, daß Millionen sich in niedriger
Anzulänglichkeit abmühen müssen, um für elliße Tausend ein
schönes Heim und ein schönes Leben zu ermöglichen. Unsere Kultur
erlaubt es, daß vor den erleuchteten Brunsthaufen hungernde und
dürstige Menschen übermüdet niederliegen, aber niemand heift sie
voll Scham hereinkommen, sondern man schickt den Diener, um sie
fortzutragen.

Unsere Kultur braucht es so, daß Millionen von
Menschen unwillig, drängt und roh ausgezogen werden. Auf
diesem Untergrunde steigen dann die großen Meiden, die geistvollen
Bücher und der weisliche Luxus und die sogenannte „Kunst“ empor.
Unsere Kultur ist so kulturlos, daß ein
Pazifist und ein Sozialist geschmäht und ge-
hört werden. Wer aber spricht: „Kriegsjahren ist gut; Fabrikarbeit ist
gut“, der genießt Ansehen und ernst Lob.
Kame Christus heute auf die Welt, so läude man Hoß und Hohn
und feige Gewalttät auf ihn, wie ehedem.

Es ist kein Meider darum reich, weil seiner Güte nun Reichtum
als Lohn gebührt, sondern weil er dazu geboren wurde oder im
grauamen Kampfe eine Siegesbeute erfrüht. Und es ist kein Armer
darum arm, weil seine Unfähigkeit Armut als Strafe verdiente,
sondern weil er dazu geboren wurde oder zu schwach war, mit Härte
und Weite zu jagen. Reichtum und Armut sind aber nicht reine, be-
griffliche, schmerzlos zu erfassende Dinge, sondern sie bedeuten:
Herr oder Knecht zu sein, Genießender oder Aus-
geschloßener an der Tafel des Lebens.

Einmal aber lebt jeder Mensch nur.
Darum ist es roh über die Mäßen, einen Menschen in Armut
und Enge zu halten. Und schamlos ist es, aus seinem Mangel die
eigene Fülle zu schämen.
Wir leben in einer Zeit der grausamsten geistigen Finsternis
und unkre „Kultur“ ist eine Lüge. Was wir Kultur nennen, das ist
nur Luxus.
Dies aber zu sagen, gilt als „Heße“.
Ich aber sage trotzdem: Die Welt ist voll feigen
Geizes und voll heuchlerischer Grausamkeit.
Felix Kienkasten.

Die Arbeiterorganisation der Tata-Eisen- und Stahlwerke

„Das werktätige Indien“ heißt ein Buch, das von Schrader-
Furtwängler verfaßt ist, die im Auftrage des Textilarbeiter-
verbandes nach Indien führen, um die Lage der indischen
Textilarbeiter zu studieren. Das Buch ist zu einem
Studienwerk über das ganze werktätige Indien ausgewachsen.
Gute Bildererfahrungen beleben den Text. Der Preis beträgt
für organisierte Arbeiter 6,50 M und ist von der Verlagsge-
sellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin
S 14, Inselplatz 6, zu beziehen. Das Buch ist den Kollegen zu
empfehlen. Wir drucken einen Abschnitt ab, der für uns als
Metallarbeiter lehrreich ist.

„Tata-Eisen- und Stahlwerke“ nennt sich nach seinem Gründer
das einzige große indische Unternehmen der Schwerindustrie.
Im Nordosten von Britisch-Indien, an der Grenze der Provinz
Bengalen, wo reiche Erzlager und in unmittelbarer Nähe viel
Böschungslage sind, wurden im Jahre 1907 die ersten Schmelzwerke
gemacht und bereits 1911 erfolgte die erste Eisenerzeugung.

Das junge metallurgische Unternehmen erfuhr einen ungeheuren
Aufschwung, als es im Weltkriege wie alle Unternehmen dieser Art
zum Kriegslieferanten wurde. Damals wuchsen die Kapazitäten und
der Umfang des Betriebes rasch an und so konnte das Werk nur er-
höhter Leistungsfähigkeit neue Kriegslieferungen übernehmen, als
nach Beendigung des Weltkrieges die Engländer ihre kriegerischen
Unternehmungen in Mesopotamien fortsetzten.
Heute zählt das Werk nebst den Nebenbetrieben, die alle mitten
in den Böschungslagen liegen, vierzigtausend Arbeiter und die von diesen
Arbeitern, den Angestellten und Betriebsleitern bewohnte Stadt ge-
hört bis zur letzten Hütte der Firma und wurde gleichzeitig mit dem
Werk von dieser nach und nach erbaut.

Im Jahre 1920 beklagten sich die Arbeiter, daß einer fast
hundertprozentigen Preiserhöhung für Lebensmittel seit der Vor-
kriegszeit keine auch nur annähernd entsprechende Lohnerhöhung ge-
folgt sei und so entstand ein prämonatärer Streik, bei dem An-
gestellte der Firma auf die Streikenden feuerten.
Schließlich aber war der Lohnkampf erfolgreich und brachte
immerhin Lohnerhöhungen, die im einzelnen Falle zwischen 20 und
45 % lagen. Zugleich mit diesem ersten Kampfe entstand die Organi-
sation der Tata-Arbeiter.

Die Firma aber sah in dieser Organisation eine Gefährdung
ihrer bisherigen Willkürherrschaft und bereitete der neuentstandenen
Gewerkschaft alle Arten von Schwierigkeiten. Dies zu tun war ihr
um so leichter, als sie, wie gesagt, die alleinige Eigentümerin aller
Bauten, Lokale und Grundstücke im weiten Umkreise des anholten
Böschungslandes ist und so jede Zusammenkunft der Arbeiter, sei es
im Lokale, sei es unter freiem Himmel, vereiteln konnte. Dies tat
sie und entließ außerdem den Hauptführer der Organisation, einen
indischen Angestellten ihres Unternehmens.

So kam es zu einem zweiten Streik im Jahre 1922, der haupt-
sächlich um die Anerkennung der Gewerkschaft ging und schließlich
auch mit der Wiedereinstellung des Führers, Schli, mit der Über-
lassung von Plätzen und Räumen für Versammlungen und der Er-
laubnis zum Einziehen von Verbandsbeiträgen im Betriebe endigte.
Die Beiträge wurden später zur Verringerung der Beitragsmühen
von der Firma selbst eingezogen (oder vom Lohne der verbands-
zugehörigen Arbeiter in Abzug gebracht und der Organisations-
leitung überwiesen). Einen gewissen Vorteil bei Streikämpfen be-
deutet es für die Organisation, daß die Firma gezwungen ist, einige
Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen, da sie unter dem
besonderen Schutze des Staates steht. Das Werk erhielt zwischen
April 1924 und März 1927 staatliche Subsidien in Höhe von 30 Mil-
lionen Mark und erfährt seit deren Wegfall Protektion in anderer
Form. Die Tatawerke blühen auch heute im Sonnenlicht einer
ensig betriebenen Rüstungsindustrie. Sie liefern die Materialen so-
wohl für den mit großer Hast ausgeführten Bau strategischer Eisen-
bahnen an der Nordwest- und Nordostgrenze, wie auch für die
Flottenstation von Singapur und betätigen sich eifrig mit der Her-
stellung von Fliegerbomben und Munition (jetztlicher Art.) So muß
sich das Unternehmen bei Kämpfen mit der Arbeitererschaft zuweilen
das vermittelnde Eingreifen indischer swarajistischer Parlaments-
abgeordneter zugunsten der Arbeiter gefallen lassen.

Auf beträchtliche Erfolge des Verbandes kamen Rückschlüsse und
die Mitgliederzahl sank zeitweise unter 4000. Zur Zeit unseres Auf-
enthaltes am Orte bewegten sich die Ziffern wieder aufwärts. Man
zählte wieder etwa 6000 Mitglieder und heute ist wieder ein Stand
von annähernd 10 000 erreicht.

Diese Gewerkschaft ist, soweit unsere Kenntnis reicht, die einzige
Organisation, deren Führer und Generalsekretär (der inzwischen auch
als Arbeitnehmervertreter Indiens auf der Internationalen Arbeits-
konferenz in Genf und als Gastdelegierter auf dem Gewerkschafts-
kongress in Paris anwesend war) selbst ein im Betriebe, wenigstens
in gehobener Stellung tätiger Arbeiter ist. Er gehört zu den ver-
schwindend seltenen Menschen aus der indischen Arbeitererschaft, die
insofern günstiger Umstände in der Lage waren, die Beherrschung der
englischen Sprache in Wort und Schrift zu erwerben und sich auch
jensei eine umfassende Bildung anzueignen.

Die Organisation umfaßt sowohl Männer wie Frauen (letztere
sind in einer Stärke von 10 % der Gesamtmitgliedschaft bei der
Firma beschäftigt), wie auch sämtliche im Betriebe vertretenen Be-
rufe, also nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Holzarbeiter, Bau-
arbeiter, ungelernete Tagelöhner usw. Die Gründung des Verbandes
erfolgte unter dem Einflusse des Mahatma Gandhi, der ein persö-
nlicher Freund seines derzeitigen Leiters ist. Ähnlich wie in Bengalen
und Nagpur wird auch bei den Tatawerken die Organisation durch
die Genüchtheit der Belegschaft und die Sprachverschiedenheit er-
schwert.

In diesem völlig jungen Unternehmen ist, teils weil der Woh-
nungsbaunicht mit der Vergrößerung der Werke Schritt hält, teils
weil es sich um erstmals vom Lande abgewanderte Dorfbewohner
handelt, der jährliche Zu- und Abgang ziemlich groß. Er beträgt nach
den Angaben der Firma 30 %, gleichfalls ein Umstand, der einer
Stabilhaltung der Mitgliederziffer der Gewerkschaft nicht eben
günstig ist.

Der Ausschuß des Verbandes (30 Mitglieder) wird aus den
Reihen der Arbeiter gewählt, und zwar durch die Gesamtmitglieds-
schaft. Dieser Ausschuß seinerseits wählt die durchweg ehrenamtliche
Leitung des Verbandes, bestehend aus einem Präsidenten, zwei Vice-
präsidenten, dem Generalsekretär und einem zweiten Sekretär. Ein
neuerdings hat der Verband auch einen hauptamtlichen und voll-
bezahlten Sekretär unter den Vorstandsmitgliedern und daneben
sich seit längerer Zeit zwei bezahlte Hilfskräfte im Büro. Die Mit-
glieder des Ausschusses sind zugleich gewerkschaftliche Vertrauens-
männer in den einzelnen Abteilungen der Betriebe. Früher war der
Vertrauensmannentwurf auch mit der Einflistung der Beiträge in
den Werkstätten verknüpft. Eine Vollversammlung der Mitglieder,
welche die bezahlten Ausschußmitglieder wählt, nimmt auch den Ver-
richt des Vorstandes entgegen. Die Firma gestattet der Organisation
die Vornahme von Abstimmungen im Betriebe und auf vorherige
Anfrage auch das Anbringen von Notizen und Maueranklagen.

Die Monatsbeiträge der Organisation richten sich nach dem
monatlichen Einkommen des Arbeiters. Stautaritätlich feststehende
Unterstützungsgelde hat der Verband nicht. Er gewährt Gewerks-
regelungsunterstützung nach Beschluß von Fall zu Fall und Streikhilfe
nach indischer Art und entsprechend seiner Leistungsfähigkeit durch
Kassaverteilung. Er gewährt außerdem, wie alle die vorher genannten
Kampfgewerkschaften, Rechtshilfe bei Prozessen, die aus dem Ar-
beitsverhältnis oder der Organisationszugehörigkeit entspringen.

Dieser Verband, der in seiner Hauptzweckung natürlich ein Metall-
arbeiterverband ist und als solcher der erste und einzige in Indien,
hat in mancher Beziehung gegenüber den anderen, insbesondere den
Textilarbeiterorganisationen, eine beträchtliche Vorzugsstellung. Aus-
gedehnt über eine Stadt und ein Werk, die abseits von den großen
Städten des Landes völlig isoliert im Urwalde liegen, wird er von
den politischen Kampfen weniger berührt als die großstädtischen
Organisationen der Textilarbeitererschaft und braucht folglich am
Kampfe gegen die politische Unterdrückung und für die politische Be-
freiung nicht im selben Ausmaße wie die letzteren teilnehmen. Darin
liegt eine gewisse Garantie für seine ruhige Weiterentwicklung. Er
hat weiter den Vorteil, daß in der von der indischen Firma erbauten
und regierten Stadt kein öffentlicher und von der Regierung begün-
stigter Alkoholismus stattfindet und insulgeßessen der Kampf
gegen dieses Übel nicht die Kräfte der Organisation absorbiert.

Auch die Unfallsprüche werden bei Tata seltener freitig ge-
macht als in der Textilarindustrie und die Firma unterhält sogar neben
der staatlichen Unfallversicherung, die sie zu finanzieren hat, noch
einen besonderen Fürsorgefonds für Krankheiten und Unfälle, an
dem die Arbeiter des Betriebes automatisch teilhaben, soweit sie eine
bestimmte Dauer der Tätigkeit im Betriebe aufweisen können. Eine
Hauptbeschwerde im Tatabetrieb ist dagegen noch heute das Fehlen
eines regelmäßigen wöchentlichen Ruhetages, trotzdem dieser durch
das Gesetz festgelegt ist.

Das Kind und der Beruf des Vaters

Kinder erleben mehr, als man im allgemeinen glaubt, den Beruf
ihres Vaters mit. Das zeigen uns Beispiele, die man in Österreich
von Schulkindern über Felden des Friedens hat schreiben lassen. An
2000 Kindern machte man dieses Experiment, das nicht nur den
ausgesprochenen Friedenssinn des Kindes beweist, sondern zugleich
zeigt, wie eng seine Welt mit der des Vaters verflochten ist.

Zunmer wieder wurden von den Kindern die Felder des
Friedens dem Beruflichen des Vaters entnommen. Das Fernste-
leben des Vaters ist ein Stück Welt, das dem Kinde am nächsten
liegt. Die Arbeit des Vaters bindet das Kind mit der großen Welt.
Manchen Kindern waren sogar technische Ausdrücke, Fach-
bezeichnungen in überrauscher Weise bekannt. Sie kannten die
sozialen Verhältnisse, die Berufsgefahren, die Bedeutung der Arbeit.
Bei vielen Kindern band sich das Wissen vom väterlichen Berufe
mit einer schönen Phantasie über soziale, menschliche Aufgaben und
Ziele.

Die Unteruchung regt dazu an, das Kind bewußt teilnehmen
zu lassen am schaffenden Leben und aus diesem schaffenden Leben
heraus den Sinn des Kindes praktisch zu pflügen vor alles Große
und Hohe, das das Dasein einmal von ihm verlangt.



Verbandsleben



Verbesserungsbestrebungen der Braunkohlenarbeiter

Wie in Nr. 33 der Metallarbeiter-Zeitung schon mitgeteilt wurde, ist die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens, um die achtstündige Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu ermöglichen, von den Gewerkschaften beschlossen worden. Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat darauf den Manteltarif gelündigt.

Die Änderungsanträge dieser Unternehmerorganisation stehen deutlich erkennen, daß man die Rechte der Betriebsräte beabsichtigt einschränken will. Auch ist beabsichtigt, die tarifliche Bestimmung, daß eine Anrechnung der Rente auf den Lohn verboten ist, zu befeitigen. Es soll künftig die Rente, die der Kriegsdienstbeschädigte oder ein anderer invalid gewordener Arbeiter erhält, in den Lohn mit eingerechnet werden. Dies kennzeichnet die soziale Gefinnung der Braunkohlenbergbau. Bisher haben sie stets behauptet, bestrebt zu sein, die Verhältnisse der Arbeiterschaft, besonders in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht zu verbessern, jedenfalls aber nicht zu verschlechtern. Wenn man eine derartige Rentenanzrechnung auf den Lohn plant, dann kann man sich leicht vorstellen, wie „soziale Unternehmerabsichten“ in Wirklichkeit aussehen und was die Arbeiter in Zukunft noch zu erwarten haben.

Auch die Gewerkschaftsvertreter haben Änderungsanträge für den künftigen Manteltarif, allerdings in anderem Sinne als die Unternehmer, gestellt. Auf Veranlassung unserer Organisationsvertretung soll fortan, wo eine Möglichkeit zur Mehrarbeit nicht vorhanden oder eine dauernde Vollarbeit zweckmäßig ist, ein Leistungszuschlag von mindestens 10 % des betreffenden Stundenlohnes bezahlt werden. Wie bekannt, sind besonders die Metallhandwerker dauernd in Schichtlohn beschäftigt. Die Leistungszulagen sind nach § 6 des Braunkohlenarbeitsvertrages als „zulässig“ bestimmt. Daß eine Leistungszulage gezahlt werden muß, ist in dem bisherigen Manteltarif nicht vorgesehen. Da nun die Gewährung solcher Zulagen von einzelnen Werksleitungen nur unter abhangig gemacht wird, ob der betreffende Arbeiter dem gelben Verein angehört oder eine andere Begünstigungsmethode oftmals in Betracht kommt, so dürfte die Notwendigkeit einer tariflichen Bestimmung, wie sie von der Gewerkschaftsvertretung vorgeschlagen wird, ohne weiteres begründet sein. Anders denken darüber selbstverständlich die Unternehmer. Es ist nicht möglich, alle einzelnen gewerkschaftlichen Verbesserungsanträge an dieser Stelle eingehend zu erläutern. Es wurde auch eine Verbesserung der Ferien und eine Sicherung des bisherigen Lohnes „bei vorübergehender Beschäftigung“ in einer gering entlohnten Arbeitsstelle gefordert.

Nun ist noch zu beachten, daß auch die Unternehmer den Lohn tarif gelündigt haben. Deswegen ist vom Oktober an ein vollständiger Tariflohn zu erwarten, da dann Arbeitszeiterhöhungen, Lohn- und Manteltarif nicht mehr bestehen. Am 11. September haben zwischen dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau und den beteiligten Gewerkschaften Verhandlungen stattgefunden. Hierbei trat ausser der Absicht der Unternehmer zutage, selbst die geringsten Verbesserungen für die Arbeiter und deren Familien zu verhindern. Es mußte zugestanden werden, daß besonders im letzten Jahr die Braunkohlenproduktion sehr gewinnbringend war. Die Unternehmervertreter erklärten jedoch, „die Rationalisierung in den einzelnen Braunkohlenwerken hätte eine beträchtliche Gewinnaufgabe verursacht, daß eine weitere finanzielle Belastung durch Arbeitszeiterhöhung und sonstige tarifliche Verbesserungen nicht nur unmöglich sei, sondern eine Katastrophe bedeuten würde“. Demgegenüber verwies die Gewerkschaftsvertretung darauf, daß ohnehin Angedachte schon bei früheren Verhandlungen angestimmt worden seien. Alle die Befürchtungen, daß eine Arbeitszeiterhöhung eine Mehrrentenstellung von 8000 bis 10000 Arbeitern bedeute und manche Werke deswegen stillgelegt werden müßten, sind nicht eingetroffen. Selbst wenn die Angaben der Unternehmer stimmen, daß durch die im vorigen Jahre erfolgte Arbeitszeiterhöhung 4000 bis 5000 Arbeiter mehr beschäftigt werden, dann fehlt der Nachweis, daß durch diese Mehrrentenstellung der Gewinn so geschmälert wurde, wie es die Braunkohlenbergbau behaupten. Allein in einem Braunkohlenwerk ist die Produktion um mehr als 400 000 Tonnen im letzten Jahre gestiegen. Nimmt man eine entsprechende Produktionszunahme für das gesamte mitteldeutsche Braunkohlengebiet an, dann ergibt sich für die Braunkohlenwerke ein sehr günstiges Ergebnis. Es kann daher eine Mehrausgabe erfolgen auch bei einer Verringerung der Arbeitszeit, die eine Mehrrentenstellung von Arbeitern notwendig macht. Außerdem müßte es aus wirtschaftspolitischen und sozialen Gründen eine Selbstverständlichkeit sein, jede Möglichkeit zu ergreifen, um die große Anzahl der Erwerbslosen zu verringern. Wenn schon die Unternehmer sich zu einer beträchtlichen Einsparung nicht bequemen können, dann muß sie ihnen beibracht werden.

Die Unternehmervertreter verließen bei ihrer ablehnenden Haltung und erklärten nur noch, daß, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde, auch der bisherige Schichtlohn verringert werde. Also man rechnete im Unternehmerlager damit, daß die jetzigen Verdienste der Arbeiter noch zu hoch sind und deswegen eine Verringerung angebracht sei. Die Verhandlungen wurden zwar noch nicht beendet, doch ist wenig Aussicht vorhanden, daß eine Vereinbarung zustande kommt, die für die Gewerkschaften und die Braunkohlenarbeiter annehmbar ist.

Es muß deshalb jeder Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, besonders aber anderer Verbandskollegen anerkennen, daß es notwendig ist, wenn die Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter, auf dem Verhandlungswege etwas Annehmbares zu erreichen, erfolglos bleiben, in einschneidender und unangenehmer Weise Maßnahmen auszuweichen, die den Unternehmern erkennbar lassen, daß die Zeiten vorüber sind, wo sich die Braunkohlenarbeiter mit ungenügender Lohn- und Arbeitsverhältnis zufrieden geben.

In diesem Sinne tätig zu sein, bedeutet nicht nur eine soziale Tat, sondern die Erfüllung einer Pflicht sowohl dem eigenen Angehörigen als auch den Erwerbslosen gegenüber. Für dadurch wird der Erfolg der gewerkschaftlichen Verbesserungsbestrebungen gesichert. Ditts Handl.

Unsere größte Kraft

Auf dem Verbandswege in Sachangelegenheiten ist es fast ausschließlich über den Ausbau unserer Verbandsstruktur gesprochen worden. Der Weg, den wir gehen, ist ein weiterer Schritt zum Ausbau der Führung. Es geht die Verbandsführung heute auch um weitere Schritte zu ihrer Verbesserung zu gehen, dürfte nicht anzuzweifeln sein.

Unsere Verbandsführung dient heute dem Funktionieren des Verbandes zur Förderung. Die Haltung und Anweisung der verschiedenen Funktionen und Ämter über die Mitgliedschaft, die Politik und die Gewerkschaftsvertretung ist dem einzelnen Funktionär und Mitglied etwas unklar. Es ist doch heute schon ein einzelnes Mitglied ein Sammelplatz, die ein Familienmitglied nicht so leicht erlangen kann. Ich möchte daher an die Anregung des Kollegen Böttcher denken, die er auf dem Verbandswege machte, anzunehmen, die beträgt, die Betriebsrat-Funktion zu einem monatlichen monatlichen Amt anzufassen oder an ihrer Stelle solle ein Ausbau der Verbandsführung unter Berücksichtigung der Arbeitsverhältnisse erfolgen. Es ist wichtig und auch notwendig, daß die Betriebsrat-Funktion mit ihren Verträgen in den letzten Jahren ist, so besteht doch die Aufgabe, daß diese Funktion lange nicht allen Verbandsfunktionären zu-

gänglich gemacht wird. Es müßte vielmehr ein weiterer Ausbau der Verbandszeitung in der Form begrüßt werden, daß die durch Wegfall der Anzeigen frei werdende Seite und unter Umständen durch eine weitere Beilage der Inhalt der Betriebsrat-Zeitschrift der gesamten Mitgliedschaft zugänglich gemacht wird. Dies wird sicherlich ein großer Teil der Verbandsfunktionäre und Kollegen begrüßen und dann mehr Anteil nehmen an dem Studium der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die daraus entspringenden Probleme. Die Fragen der Konzentration und der Rationalisierung müssen ausführlicher behandelt werden. Hierüber herrscht doch noch viel Unklarheit. Auf das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik einschließlich der Unfallversicherung sollte die Verbandszeitung noch mehr Gewicht legen.

Der Teil aus den Parlamenten könnte eingeschränkt werden. Es ist doch nur eine Wiederholung von dem, was die Kollegen in der politischen Tagespresse lesen. Andererseits könnte der Teil für Familie und Heim noch besser ausgebaut werden. Für die Sorgen und Bedürfnisse der werktätigen Frau muß unsere Verbandszeitung ein offenes Ohr haben. Die Erfahrung zeigt, daß durch die Frauen mehr an die Gewerkschaft gefesselt werden.

Sehr erfreulich ist auch der Beschluß des Vorstandes, daß die Verbandschule erhalten bleibt und weiter ausgebaut und auch die Gewerkschaftsschule des ADGB von Verbandskollegen besichtigt werden soll. C. A., Kiel.

Steigerung der Arbeitsleistung durch Musik

In früheren Zeiten erkannte man, daß eine Steigerung der Arbeitsleistung durch Einwirkungen auf den Seelenzustand des Arbeitenden erreicht werden konnte. Man sprach vom Rhythmus der Arbeit, den Karl Bücher als den Schlüssel der Arbeit bezeichnete. Der Kapitalismus mit seiner weitgehenden Arbeitsteilung hat später diesen Rhythmus der Arbeit vollständig verdrängt. Dennoch werden in einigen Großbetrieben Versuche zur Steigerung der Arbeitsleistung unternommen. Man versucht, den Seelenzustand des Arbeitenden dadurch zu beeinflussen, indem man unangenehme Geräusche beseitigt oder angenehme hervorruft. Im Heft 6 der Zeitschrift „Das Werk, Monatschrift der Vereinigten Stahlwerke AG.“ wird hierüber folgendes berichtet:

Beständiger Erfolg hat in jüngster Zeit bei der auf diesem Gebiete als Spezialist tätige Professor Dr. Sachjenberg, Dresden, erzielt. Vor einiger Zeit wurde Dr. Sachjenberg in eine Fabrik zur Begutachtung gerufen, in der produktionstechnische Mängel nach der Richtung hin vorlagen, daß unter 80 Grad von einer Arbeiterkolonie hergestellten Temperaturregler zeitweise bis zu 60 Grad Fabrikationsfehler aufwies. Diese Fehler führte Dr. Sachjenberg nach eingehender Untersuchung auf den unangenehmen Vorn zurück, den die in dem gleichen Raum befindliche Kesselkammer hervorrief. Die Werkstatt wurde auf Verlangen des Ingenieurs daraufhin verlegt. Diese Verlegung hatte zur Folge, daß durch die Beseitigung des Lärmes die Leistungsfähigkeit der Arbeiterzahl in der gleichen Arbeitszeit wie früher auf 110 Temperaturregler stieg, wobei nur sieben mangelhafte Stücke ausgeschieden werden mußten.

Aus ähnlichen Gründen wurde Dr. Sachjenberg später in eine Fabrik gerufen, deren technischer Leiter sich über ungenügende Leistungen der Packabteilung beklagte. Durch genaue Untersuchung stellte Dr. Sachjenberg hier fest, daß das starke Geräusch der Ventilatoren hier Vermüdungen bei der Arbeit hervorrief. Eine Abstellung des Ventilators führte bereits zu dem Resultat, daß die Arbeitsleistung um 12 % stieg. Da sich jedoch eine Ventilierung des Bodensaaltes als unerlässlich erwies, wurde der Versuch gemacht, den Ventilator mit einem Toninstrument zu kuppeln, dessen Longebung dem Takt der Packarbeit entsprach. Die Einführung dieser Neuerungen führte zu dem Erfolg, daß sich die Leistung um insgesamt 16 % hob.

Ganz neue Wege haben in jüngster Zeit die Siemens-Schuckertwerke in Berlin-Siemensstadt beschritten. In dem nach dem Gleichstrom arbeitenden Kleinbauwerk der Firma werden zur Beleuchtung der monotonen (eintönigen) Arbeit die Radiolanzette der Berliner Stadjanstalt durch Lautsprecher übertragen. Diese Einrichtung hat sich nach den Berichten der Werksleitung bisher gut bewährt. Die Radiolanzetten werden vormittags und nachmittags je auf eine Stunde eingeschaltet. Nach den Beobachtungen zeigt sich dabei, daß die Musik auf die Psyche (Seelenbeschaffenheit) der Belegschaft in jeder Weise arbeitsanregend wirkt.

Es ist immerhin besser, durch Musik als durch schmerzliche Anstrengung zur Arbeit ermuntert zu werden. Das Ganze ist ein Beispiel dafür, wie in der kapitalistischen Wirtschaft immer neue Mittel erfinden werden, um die Erziehbildung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern.

Stunden- oder Schichtlohn in der Kallindustrie

In einigen Kallwerken sind wegen der Entlohnungsart Differenzen zwischen der Arbeiterzahl und den einzelnen Schichtleitungen entstanden. Deswegen haben die am Lärntertrag beteiligten Gewerkschaftsvertreter es für zweckmäßig erachtet, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Seit dem Betriebsrat der Kallindustrie AG. ist die Befürchtung ausgesprochen, daß die Verwaltung der Kallindustrie AG. beschließen, anstelle der im Lärntertrag vorgesehenen Schichtlohn Stundenlohn einzuführen. Die Meinungen der Betriebsräte an uns sind Gegenstand einer Besprechung von Vertretern der Kallindustrie AG., des Arbeitgeberverbandes und der Arbeiterorganisationen und dem Betriebsratvorsitzenden der Kallindustrie AG. gewesen. In dieser Besprechung wurde von dem Vertreter der Arbeiterorganisationen und dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß nach dem Lärntertrag Schichtlohn zu zahlen sind. Die Vertreter der Betriebsverwaltung erklärten, daß sie sich bezüglich der Bezahlung streng an die tarifliche Bestimmungen halten werden. Zur Vereinfachung der Lohnbuchhaltungen müßte ihnen jedoch die Möglichkeit der Stundenlohnrechnung vorbehalten bleiben. Gegen diese rein verwaltungsmäßige Vorgehensweise hatten die Organisationsvertreter Einspruch erhoben. Nach Klärung einiger Missverständnisse erklärten sich die von allen Betriebsräten der Kallindustrie AG. versammelten Betriebsräte mit der Verwaltungsvorgehensweise der Kallindustrie AG. einverstanden.

Die bitten unsere Kollegen, die in der Kallindustrie arbeiten, hieron Kenntnis zu nehmen.

Max Horn †

Einem von denen, die schon vor mehr als 30 Jahren für die Arbeiterbewegung tätig waren, hat der Tod plötzlich abgerufen. Max Horn hat langjährige Vertrauensämter in der Arbeiterbewegung und in unserem Verband bekleidet. Von 1906 bis 1917 war er Angestellter der Verwaltungstelle Berlin. Krieg und andere Umstände hinderten ihn, diesen Posten zu verlassen. Bis zum Jahre 1921 war er in anderer Weise für die Arbeiterbewegung tätig. Seit 1921 war er Leiter des Arbeitsamtes in Berlin. Seine sozialpolitischen Kenntnisse befähigten ihn besonders für ein so wichtiges Amt. Durch das Vertrauen der Arbeiterschaft von Berlin wurde er zum Stadtdirektor ernannt und dann zu deren Vorsteher ernannt. In dieser Eigenschaft hat er an dem Stadtrat in Berlin teilgenommen, wo ihm der Tod ereilte. Für danken Max Horn für die lange und erfolgreiche Tätigkeit für die Arbeiterbewegung und für unseren Verband. Er wird uns unersetzlich bleiben.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C.-A. 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 23. Sept. ist der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. September 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeträgen wird nach § 8 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	
Rothenburg o. T.	10	10	5	40. Woche
Stolz i. W.	15	15	5	40.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeträge hat Entstehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Vorwürfe zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzulenden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Wöhrn:
Der Former Robert Prenzler, geb. am 8. September 1881 in Braunschweig, Mitgliedsbuch Nr. 633794, wegen Schwindelens.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Klärung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung (wohin können meistens die Zustimmungen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Verantwortung getechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Adickstraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Drechern und Gläsern nach Graz (Andrieh Maschinenfabrik A. G.);
von Klempnern und Installateuren nach Hamburg-Altona; nach Holland St.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; K. = Kasse; W. = Wirt; M. = Mängel; A. = Aussetzung.
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Gefandlung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Nieja/Elbe, Geschäftsführer gesucht. Eintritt 1. Oktober 1924. Bewerber müssen eine fünfjährige Beitragsleistung im Verband nachweisen, mit allen Arbeiten in der Organisation vertraut, rednerisch fähig und in der Organisation durchaus erfahren sein. Bewerbungen unter Angabe des Familienstandes und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis spätestens 26. September 1924 an die Ortsverwaltung Nieja a. Elbe, Goethestraße 102, unter Aufschrift „Werbung“.
Halle/Saale. Als Geschäftsführer ist der Kollege Georg König, Berlin, gewählt worden. Allen Bewerbern Dank!

Schriftenschau

Gedanken Leo Tolstois über Gewalt, Krieg und Revolution. Vertrieben: Bund der Kriegsdienstgegner (Kriegsgegner, Berlin) Nr. 21, Gr. Hamburger Straße 4, Preis 0,30 M. — Valentin Bulgakow, der Vertraute und letzte Sekretär Tolstois, dem Sowjetland nicht einmahl zur 100-Geburtstagsfeier des großen Dichters nach Rußland die Einreise gewährte, hat anlässlich dieses Tages ein kleines Heft herausgegeben, das Tolstois Gedanken über Krieg und Gewalt zusammenfaßt. Sie sind den Tagebüchern und Briefen Tolstois entnommen. Die Auswahl ist gut getroffen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchauffee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat August 1928

Krankenkasse:	
Einnahmen	82517,24 M
Ausgaben	11884,22 M
Mehrausgaben	66-86,98 M
Raffenbestand am 1. August 1928	1117417,96 M
31. August 1928	1031150,98 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	84476,82 M
Ausgaben	27124,90 M
Mehrausgaben	7351,92 M
Raffenbestand am 1. August 1928	1227132,76 M
31. August 1928	1234431,88 M

Kollegen aller Beruf! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und trachtet in die Metallarbeiter-Krankenkasse ein. Folgt nicht den Forderungen der Aemter der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu empfangen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur der ersten eigenen Unternehmungen verschreibt. Im Jahre 1928 von Arbeitern getrieben, besitzt die Kasse heute über 1000 Vermaltungen, die sich über das ganze deutsche Reich erstrecken. Der Versuch kann bei der allseitigen Verwaltungshilfe jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchauffee 20.

Hamburg, im September 1928. Der Vorstand

Der dreizehnte Gewerkschaftskongress

(Fortsetzung von der zweiten Seite.)

Der vierte Verhandlungstag

Zwei Vorträge führt Kollege Brandes (Metallarbeiter). Der Kongress geht ein in die Aussprache über den Vortrag Hermann Müllers:

Die Vereinfachung und Selbstverwaltung der Sozialversicherung

Herrmann (Fabrikarbeiter) begründet folgenden Antrag:

1. Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre beim Bezug der Alters- oder Invalidenunterstützung.
2. Herabsetzung der über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten aus den Betrieben und dem Produktionsprozess, somit Schaffung von genügend Arbeitsmöglichkeiten für junge, kräftige Volksgenossen, die jetzt der Arbeitslosenfrage zur Last fallen.
3. Gewährung einer angemessenen wohlverdienten Rente, welche den alten abgetragenen Arbeitern und Angestellten ein menschenwürdiges Leben gestattet, ohne noch arbeiten zu müssen.

Hierzu fährt der Begründer aus, daß das junge Geschlecht am meisten krank sei und am ehesten invalide werde, was nicht von Unternehmen könne, da es in den Hungerjahren des Krieges herangezogen sei. Ein im Sinne gleicher Antrag liegt von den Metallarbeitern Leipzig vor, den Hermann Schäfer begründet.

Walter (Textilarbeiter) spricht gegen einzelne Ausführungen des Referenten Müller. Von dessen Vorschlägen hinsichtlich der Vereinfachung der Sozialversicherung verspricht er sich nichts. Demmer (Gemeindearbeiter) klagt über die saumelige Erledigung von Entscheidungen in Berufssachen durch die Oberversicherungsämter und bemängelt die Art der Verwendung von Geldern der Sozialversicherung. Fast alles Geld werde für Fabrikbauten, nur ein winziger Teil für Wohnbauten genutzt. Thomas (Dachbeder) begründet einen Antrag, der sich gegen die allzu leichtfertige Genehmigung von Innungsstrafenklassen wendet. Nachdem sich Hermann Müller in seinem Schlusswort mit den Darlegungen verschiedener Redner befaßt hatte, wird über die zahlreichen Anträge abgestimmt. Zuerst über die vom Bundesvorstand eingebrachte

Ausschließung.

Die soll einstimmig angenommen wird. Sie lautet im wesentlichen:

Der Kongress fordert mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung endlich beginnt, der nur geschichtlich zu erklärenden Heripfitterung und der damit verbundenen Verschwendung an Zeit und Mitteln in der Sozialversicherung ein Ende zu machen.

Nicht die Vereinfachung, sondern die Heripfitterung hat in der Sozialversicherung in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Noch immer wird unter Vertennung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben Sonderwünschen der Unternehmer Rechnung getragen, wofür die Neuerrichtung von Innungsstrafenklassen in Preußen ein Beispiel ist.

Der Kongress fordert territorial aufgebauete Versicherungssträger, die, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, alle Zwecke der Versicherung erfüllen. Bei ihrer Errichtung ist Rücksicht zu nehmen auf Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und leichteste Erreichbarkeit durch die Versicherten. Beides ist zu erreichen durch die Ausdehnung auf große Gebiete, die entsprechend bezüglich ober örtlich zu gliedern sind. Im Versicherungssträger selbst sind den Aufgaben entsprechende Unterabteilungen zu schaffen.

Die Reichsregierung verspricht den Versicherten maßgebenden Einfluß bei den Versicherungssträgern. Sie wird damit sowohl dem Zweck der Versicherung gerecht als auch dem Umstande, daß die Versicherung getragen wird von den Beiträgen der Arbeitnehmer, denn auch die Beiträge der Arbeitgeber stammen aus dem Arbeitsertrag der Versicherten. Der Kongress fordert daher erneut Befreiung von der Vormundschaft der Arbeitgeber und der behördlichen Bürokratie. Die Versicherten haben ein Recht auf die Selbstverwaltung. Dieser grundsätzlichen Umgestaltung bedarf auch die Gewerbeaufsicht. Auch diese ist zu vereinfachen. Bei den erforderlichen Reformen ist, der Entwicklung folgend, die auf anderen Gebieten des sozialen Rechts sich Bahn gebrochen hat, auf die kollektive Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen der größte Wert zu legen. Sie sind die Träger des Gemeinwohls.

Weiter wird angenommen der Antrag der Dachbeder gegen die Begünstigung der Innungsstrafenklassen. Der Antrag der Fabrikarbeiter zur Sicherung eines einheitlichen Handelns in der Reformarbeit für die Sozialversicherung durch Bepfehlungen zwischen Bundesvorstand und Verbände wird dem Vorstand zur besonderen Beachtung empfohlen. Angenommen wird der Antrag der Fabrikarbeiter auf Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre. Die übrigen Anträge, die die Zustimmung der Unterausschüsse gefunden haben, wurden dem Bundesvorstand überwiesen. So unter anderem auch der Antrag auf Ausbau der Witwenrenten, auf Schaffung von Garantien dafür, daß die Witwenrenten bei dem Tode des Ehepartners in jedem Falle gezahlt werden müssen und nicht erst dann, wenn die Witwe 60, 65 arbeitsunfähig ist.

Bildungsaufgaben der Gewerkschaften

Zu dieser Sache ist Otto Fexler, der Bildungsfretar des ADGB, als Berichterstatter vorgelesen. Er führt etwa aus: Die Arbeiterbildung müsse sich nicht auf den erwachsenen Menschen erstrecken, sondern sie muß den Menschen in allen seinen Lebensabschnitten erfüllen. Die große Bildungsaufgabe, die die ganze Arbeiterjugend erfüllt, ist die Volksschule und Berufsschule. Von 100 Kindern verbleiben durchschnittlich 94 in der Volksschule, wechseln von hier unmittelbar in das Berufsleben über. Für die innere Gestaltung dieser Schularten müssen sich daher die Gewerkschaften mit allen Kräften einsetzen.

Im Reichsschulgesetz muß die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens der leitende Gedanke sein. Die Schule ist die Vorbereitung der Kinder auf das Wirtschaftsleben, sie muß deshalb den Arbeitsunterricht pflegen. Denn dieser ist ein wirksames Mittel zur Berufsfindung und gibt die rechte Grundlage zum wirtschaftlichen Denken. Dieser vergrößerte Lehrstoff erfordert die Verlängerung der Schulzeit, die bereits aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik lebhaft erörtert wurde. Durch besorgbare Beihilfen müssen Staat und Gemeinde den Eltern die entfallenden wirtschaftlichen Lasten tragen helfen. Denn die verlängerte Schulzeit ist eine Kulturaufgabe von größter Bedeutung.

Die fruchtbarste Wirkung der Schule hängt von der Ausbildung der Lehrer ab. Diese sollen nicht nur Kenntnis der Dinge besitzen, die dem Kinde beizubringen sind, sondern auch der Verhältnisse, aus denen das Kind kommt. Bei der Lehrerbildung, die reichsweitig geregelt werden muß, darf daher die

Pflege der Sozialwissenschaften

nicht vergessen werden. Die Auslese geeigneter Kräfte wird dadurch gefördert, daß der Zugang zum Lehrerberuf auch solchen Personen beiderlei Geschlechts offensteht, die nicht nur in Hochschulen und pädagogischen Instituten, sondern auch in gleichwertigen beruflichen Bildungsinstituten in ihre Schulung erhalten haben. Soweit die Schulstellen der Volksschullehrer nach Konfessionen getrennt sind (Preußen, Bayern), besteht die Gefahr einer Konfessionalisierung des Schulwesens.

Die Berufsschule (früher Fortbildungsschule genannt) will die Berufsausbildung ergänzen, ist also ein organisches Glied der Berufsausbildung. Je leistungsfähiger diese Schule, desto größer ist es berufliche Ämtern. Angesichts der Wichtigkeit der Berufsausbildung ist es daher ein Zeichen erstaunlicher Gleichgültigkeit, daß bis heute eine reichsweite Regelung fehlt, trotzdem bereits 1923 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Unterstützung der Gewerkschaften einen entsprechenden Entwurf eingebracht hat. Welche Verwertung herrscht auf dem Gebiet der Schulaufsicht und Schulverwaltung. Es gibt nicht weniger als 15 verschiedene Arten der Schulaufsicht. Mit dem Ausbau des Einheitsstaats muß die kulturpolitische Gesetzgebung in vollem Umfange auf das Reich übertragen. Kleinere Gemeinden sollen einen gemeinsamen Schulverband bilden (Verbandsberufsschule), modern eingerichtete Lehrwerkstätten sind unumgänglich.

Den Gewerkschaften erweist die Aufgabe pflichtlicher und überlicher Mitarbeit am Berufsschulwesen durch lebendige Teilnahme mit der Lehrerschaft, durch Mitwirkung in Vorständen, Schul- und Fachbeiräten usw. Gleichmütigen ist eine engere Zusammenarbeit von Volks- und Berufsschullehrerschaft erwünscht.

Keine Schule kann freilich das praktische Leben ersetzen. Bei vielen Menschen brechen Neigung und Begabung erst spät durch. Auch ihnen muß jederzeit der Zugang zu jeder Schulart durch Zulassungsprüfung offenstehen. Hier steht auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ein. Wir unterstützen die Werbung und Aufklärung (Massenarbeit) einerseits, andererseits die besondere Schulung derjenigen, die mit der Durchführung der Aufgaben betraut werden (Funktionärbildung). Bildungsmittel für die erstere sind vornehmlich Presse und Veranlagungsleben, für die letztere eine Reihe von Vorschlägen brachte.

Der wachsende Kreis der gemeinschaftlichen Aufgaben bedingt eine besondere Schulung der Funktionäre der Träger der Bewegung. Diese soll künftig tiefgehend und umfassend in modernen Heimischen (Volksschulen) vor sich gehen. Es ist hier an Ein- und Fortbildung für die verschiedensten Zweige der Bewegung gedacht. Als Lehrer kommen sowohl hauptamtliche Kräfte wie Mitglieder der Verbände der einzelnen Gewerkschaften in Frage. Diese Schulen sollen nicht nur eine Stätte des Lernens sein, sondern gleichzeitig durch ihr gemeinsames Treiben, besondere künstlerische und literarische Veranstaltungen u. a. neue kulturelle Anregungen bieten. Die Volksschulen mit ihren kurzfristigen Kursen sind zugleich die Stätte der Auslese für die staatlichen Fachschulen.

Eine tiefgehende, lebendige Bildungsarbeit ist zugleich der beste Weg, die Jugend zu gewinnen. Es ist eine Arbeit an unserer Zukunft, wenn wir der Jugendbildung größte Beachtung schenken.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit hat den Erfolg des größeren Lebensraumes gebracht. Gemeinsam mit den Kulturorganisationen der Arbeitererschaft müssen wir ihn ausfüllen, müssen wir zu besonderer Festgestaltung kommen.

(Sehr richtig!) Der Redner erwähnt die Arbeiterkämpfer, Naturfreunde, Wanderbewegung, Ferienheimgenossenschaften und besonders die Volkshilfsbewegung. Die Durchdringung des Arbeiters mit geistigen und kulturellen Werten wird unwillkürlich zu einem eigenen Lebensstil führen. In diesem Sinne sind diese Bestrebungen zu unterstützen. (Beifall.)

Reichsinnenminister Severing

Der Reichsinnenminister, unser Verbandskollege Karl Severing, erhält nun unter allerleitendem Beifall das Wort. Seine Rede wird mit gespannter Aufmerksamkeit angehört. Zunächst dankt er dem Vortragenden Brandes für die freundliche Begrüßung. Dann fährt er fort:



Karl Severing

Wenn Kollege Brandes gemeint hat, ich sei in der Gewerkschaftsbewegung groß geworden, so möchte ich betonen, daß ich mich immer bemühen werde, der kleine Metallarbeiter zu bleiben; das schüßt davor, großmütig zu werden, wenn man zufällig einmal auf einen Ministerposten berufen wird. (Beifall.) Daraus geht auch hervor, daß ich die Absicht habe, immer Gewerkschafter zu bleiben. Wenn ich Ihnen einiges über meine Amtsführung erzählen werde, was Sie ja wohl erwarten, dann werden die anderen sagen: Da sieht man wieder einmal, daß alle aus der Arbeiterbewegung kommenden Leute bis an ihr Lebensende Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre bleiben. Da ich aber weiß, daß man es im öffentlichen Leben nicht allen recht machen kann, bemühe ich mich, es wenigstens mit recht zu machen, also nach meinem Gewissen zu handeln; dann darf ich alle diejenigen, die zufällig nicht mit mir einverstanden sind, schmähen lassen. (Sehr gut!) Ich hätte aber doch gewünscht, daß der Kollege Fexler in seinen Vorträgen noch einen Schritt weitergegangen wäre, daß er sich nicht darauf beschränkt hätte, die Volksschule und die Berufsschule in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen, sondern daß er auch der Hochschule mit mehr als einem Wort gedacht hätte. Wie notwendig es aber ist, daß die Gewerkschaften auch zu den Spitzen unseres Bildungswesens im Reich und in den Ländern Stellung nehmen, wird uns doch täglich durch die Dinge bewiesen, die wir über das Lehrermaterial an den Hochschulen erfahren. Eine taktische Frage ist es, ob man ein Volksschulgesetz jetzt und wie man es einbringen will. Ich erkläre meine vornehmste Aufgabe darin, dafür zu sorgen, daß der Bau der Republik zunächst einmal ganz fest steht. Wenn wir heute mit Vergnügen feststellen, daß dank der Tätigkeit insbesondere der Arbeiterorganisationen die Republik als gesichert angesehen werden kann: der Verwaltungsapparat der Republik ist noch nicht fertig. (Beifall.) Solange sich der Verwaltungsapparat heute republikanisch nach links neigt und morgen bei einem Sturzwechsel wieder nach rechts, können wir von einer Sicherung der Republik noch nicht sprechen. (Sehr wahr!) Aber diese Sicherung der Republik kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß wir uns heute mal an die Arbeit machen, eine Gesetzkarte in der Reichsregierung zu geben, um dann wieder abzutreten (sehr richtig!), sondern diese Unternehmung der Republik kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß wir

die Republik mindestens eine ganze Legislaturperiode regieren. (Beifallige Zustimmung. Zuruf: Nicht unter allen Umständen!) Nicht unter allen Umständen, nicht unter Umständen des Grundgesetzverrats. (Zuruf: Wo fängt der an?) Und da darf ich wohl für mich in An-

spruch nehmen, daß ich da oder dort zu weit gegangen sei — Grundlage vertritt ich nicht! Davon kann gar keine Rede sein, selbst beim Bangerkreuzer nicht! (Beifall und Zustimmung.) Wenn wir schon einmal im Jahre 1922 Kreuzer gebaut haben, dann ist das auch diesmal keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage, zu der man so und anders stehen kann.

Wenn ich nun auf dem Gebiete der Gesetzgebung nichts Positives heute in Aussicht stellen kann, so möchte ich doch nicht ganz mit leeren Händen vor Sie hinstreten. Ich habe die Absicht,

Die Technische Nothilfe abzubauen.

(Stürmischer Beifall.) Etwa fünf Viertel Millionen Mark werden in diesem Jahre gespart und im übernächsten Jahre eine weitere Million. Also die Technische Nothilfe wird vom Reichsministerium des Innern nicht mehr für notwendig gehalten, sie soll so schnell wie möglich verschwinden und die ersparten Mittel sollen Bildungszwecken und zwar solchen Zwecken dienen, die den Aufstieg der Jugendlichen aus der Arbeiterklasse zum Ziele haben.

Das Reichsministerium des Innern will weiter die Zweispieltigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens beseitigen helfen. Wir streiten uns heute im Reichsministerium des Innern mit den Kulturministern der einzelnen Länder fast jeden Tag um die Zuständigkeit, und wie wir auf dem Gebiete des Kultus Zuständigkeitsfragen austragen, so geschieht das auf allen anderen Gebieten. Das ist aber mit der staatsrechtlichen Konstitution des Deutschen Reiches unumgänglich verbunden und darum müssen wir aus den Einzelländern heraus einmal zum Deutschen Reich kommen. Das ist aber die Aufgabe, die jetzt dem Reichsinnenministerium zugewiesen ist, und wenn man von Ehrgeiz sprechen kann, so habe ich den sachlichen Ehrgeiz, diese Frage einmal anzupacken. Wenn wir aus dem Stadium der Erwägungen, der Vorkonferenzen herausgekommen sind und nur ein paar kleine Länder verschwinden und sich dem Reich oder einem anderen stärkeren Staat anschließen, dann ist der erste entscheidende Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat getan. Zur Mitarbeit an diesem Ziel rufe ich auch die Gewerkschaftskollegen auf. Je früher wir zum Einheitsstaat kommen, je mehr wir die Millionen, die nutzlos durch das Durcheinanderregieren verpulvert werden, einsparen können, um so leichter werden wir die Mittel haben, die erforderlich sind, um die Forderungen zu verwirklichen, von denen hier gesprochen worden ist. (Stürmischer Beifall.)

Der letzte Verhandlungstag

Die Aussprache über die Bildungsaufgaben

Es wird mit der Aussprache über den Vortrag Fexlers begonnen. Awasnik (Landarbeiter) fordert eine bessere Bildungspflege für die Landbevölkerung. Wagner (Vergleite) bespricht die Schulverhältnisse des Saargebietes. Deutsche Kinder müssen zwei französische Schulen besuchen, sonst erhalten die Eltern keine Wohnung. Ein früherer preussischer Major ist heute französischer Schulinspektor. Der Film muß viel mehr zur Bildung der Arbeiter genutzt werden. Willkoren Menschen besuchen tagtäglich die Kinos. Der Bundesvorstand sollte hier fördernd eingreifen.

Rietmann (Gastler): Die Volksschulen sollen Träger des gewerkschaftlichen Geistes werden. Wir alte Betriebsräte und Aufsichtsräte fühlen ständig, wie sehr uns noch wirtschaftliche Kenntnisse fehlen. — Kraus (Metallarbeiter) wünscht, daß die jungen Kollegen in unseren Schulen zu Klassenkämpfen erregt werden. In der Buchhandlung des ADGB werde für das Hochsystem Propaganda gemacht. Unsere Buchhandlung sollte die Schriften möglichst billig abgeben, damit sie auch den schlechtbezahlten Mitgliedern zugänglich sind.

Ulrich (Metallarbeiter) ist mit Rietmann nicht darin einig, daß wir weniger vom Klassenkampf reden sollen. Die Dintz ist eine ausgesprochene Einrichtung des Klassenkampfes, freilich des der Unternehmer. Dann betont der Redner, daß die Schulzeit der Belegschaft als Arbeitszeit angesehen und bezahlt werden müsse, was in den Richtlinien des Referenten Fexler aufzunehmen sei. Nachdem noch Brand (Vizepräsident des ADGB) gesprochen hat, erhält Kollege Fexler das Schlusswort, worin er sich mit den Ausführungen verschiedener Redner befaßt. Sodann wird die folgende, vom Bundesvorstand unterbreitete Entschließung mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften

Die Arbeiterbewegung ist die größte aller bisherigen Kulturbewegungen. In dem die Gewerkschaften die Massen zusammenführen und in großen mächtigen Verbänden organisieren, geben sie ihnen zugleich ein über die engeren gewerkschaftlichen Aufgaben hinausreichendes hohes Ziel.

Durch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden die Massen wirtschaftlich gehoben und der Wunsch nach Teilnahme an den Kulturwerten geweckt. Damit ist der Weg zum Aufstieg aus der Niedrigkeit bestritten. Hohe Löhne und kurze Arbeitszeit sind die Vorbedingungen zu einer noch nie erreicht gewordenen Gesamtkultur.

Die Erfüllung dieser Aufgaben der Gewerkschaften ist in hohem Maße davon abhängig, daß die Arbeitererschaft eine gute Allgemein- und Berufsausbildung erhält. Unter Hinweis auf die von ihm aufgestellten Richtlinien fordert daher der Kongress einen Ausbau des Volks- und Berufsschulwesens.

Daneben betont der Kongress die Notwendigkeit und den hohen Wert der eigenen Bildungsbemühungen der Gewerkschaften. Die beständige wachsende, vielverzweigte Tätigkeit der Gewerkschaften verlangt von jedem Mitglied Vertiefung des Wissens auf zahlreichen Gebieten.

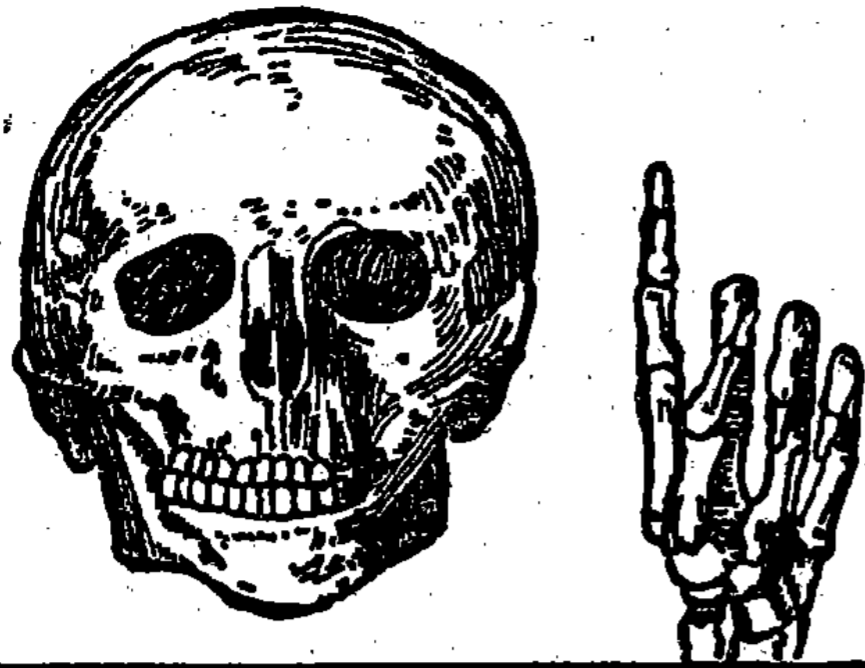
Der Kongress verpflichtet daher die angeschlossenen Verbände und ihre Mitglieder, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Organisation schafft Macht, aber Wissen vervielfältigt und lenkt sie.

Nun wird über eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Zunächst wird der Kongress, der verlangt, „dabei zu wirken, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird“. Ein Antrag der Metallarbeiter Berlins verlangt, daß dem § 3 Absatz 1 des Organisationsvertrages zwischen dem ADGB, Afa und dem ADW folgender Satz angehängt wird:

„Mitglieder einer dem ADGB angeschlossenen Organisation sind vom Übertritt in eine zum Allgemeinen freien Angestelltenverband gehörende Organisation nicht verpflichtet, wenn sie in gewerkschaftlichen oder sonstigen gewerkschaftlichen Betrieben, in sozialpolitischen Einrichtungen oder bei Behörden beschäftigt sind und die Überweisung aus dem Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis beeinflusst wurde durch ihre Tätigkeit in ihrer zuständigen Organisation.“

Dieser Antrag wird von Ziska (Metallarbeiter) begründet, wobei er die Wichtigkeit darlegt, die mit dem Angestelltenverband dadurch entstanden sind, daß dieser den Übertritt aller Funktionäre des ADW fordert, sobald sie in der Arbeitsvermittlung und ähnlichen Stellen beschäftigt werden. Dem Kollegen Ziska tritt Urban von den Angestellten etwas lebhaft gegenüber. Der Antrag wurde gemäß dem Verlangen des Berichterstatters der Unterausschüsse, Zarnow, als erledigt betrachtet.

(Schluß folgt in nächster Nummer.)



Ihr Todestag

Kann heute sein oder erst in vielen Jahren. Es ist eine Wohlthat, es nicht zu wissen, denn kein geistig normaler Mensch will bald sterben. Und trotzdem gehen so viele mit ihrem Leben oder, was dasselbe ist, mit ihrer Gesundheit unverantwortlich leichtfertig um.

Sie verkürzen ihr Leben um Jahrzehnte,

weil sie ihre Nerven und ihren Stoffwechsel nicht in Ordnung halten. Allerdings ist die Lebenskraft ungleich verteilt, mancher hat schwache Nerven von Geburt an. Aber man kann auch schwache Organe kräftigen und viele von Geburt schwächliche Leute vollbringen ganz respektable Leistungen und erreichen ein hohes Alter, weil sie für reines, gesundes Blut und regen Stoffwechsel sorgen. Ein reger Stoffwechsel besteht, wenn man kräftig ist und trinkt und dafür sorgt, daß die Nährstoffe, die dem Körper zugeführt werden, auch immer schnell und gänzlich verbraucht werden dadurch, daß man sich genügend ausarbeitet.

Dazu gehört aber auch, daß die Verdauung gut in Ordnung ist und daß alle Überbleibsel derselben schnell und regelmäßig ausgeschieden werden. Wo das jahrelang veräußert worden ist, da kann man den normalen Zustand nicht von heute auf morgen herbeiführen. Aber mit geeigneten Mitteln kann man immerhin schon in einigen Tagen recht erfreuliche Resultate erreichen.

Allerdings bedarf es dazu eines kräftigen Anstoßes und in der ersten Zeit täglicher Nachhilfe, damit die stockenden Säfte wieder ins Fließen, die erschlafften Organe wieder in Tätigkeit kommen, die geschwächten Nerven wieder Spannkraft erhalten und nicht immer nur Giftstoffe im Körper sich ansammeln, sondern er Zeit findet, die angesammelten abzugeben.

Darin liegt das ganze Geheimnis der Langlebigen.

Niemals wird ein Mensch mit schlechter Verdauung, schwachen Nerven und schlechtem Stoffwechsel alt werden.

Aber er hat auch nichts von seinem kurzen Leben. Er tauget weder zu schwerer Arbeit noch zu freudigem Lebensgenuss, er ist ein freudloses Geschöpf ohne Energie, beladen mit allen möglichen Beschwerden, die alle denselben Ursprung haben: Schlechte Verdauung, träger Stoffwechsel, unreines Blut, schwache Nerven.

Die Beschwerden werden unbeachtet allmählich zur Krankheit, eine reißt sich an die andere, sie untergraben allmählich die Lebenskraft, bis es dann soweit ist, daß der Arzt weiß: Hier ist keine Hoffnung mehr.

Fühlen Sie häufig Beschwerden

zum Beispiel Verstopfung, abwechselnd mit Durchfällen, werden Sie zu corpulent oder zu mager, plagen Sie Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, schwere Träume oder Blutandrang zum Kopfe? Lassen Sie sich warnen, um Sie rechtzeitig etwas dagegen!

Haben Sie schlechten Appetit, sehen Sie matt und elend aus, fühlen Sie sich müde, abgespannt und sind Sie zeitweilig sehr reizbar? Dann hüten Sie sich!

Haben Sie viel mit Erkältungskrankheiten, Husten, Schnupfen, Verschleimung, Gicht, Rheuma, kalten Füßen, Atembeschwerden zu tun? Haben Sie Veranlagung zu Gicht oder Rheuma? Das sind Gefahrzeichen der Natur!

Fühlen Sie öfter Herzbeschwerden, Nieren- und Blasenstörungen, ist die Farbe des Urins oft nicht normal (trüblich), sondern grünlich, rötlich oder wasserhell, riecht er stark oder hinterläßt er Bodenatz? Oder bemerken Sie andere Anzeichen von Nervenstärke und unreinem Blute? Dann ist es hohe Zeit, daß etwas Ernstliches dagegen geschieht.

Leute, denen es ebenso erging,

schreiben mir wie folgt:

Fühlt sich wieder jung! Ebingen, den 23. Mai 1928
 Erleben Sie mir als 1. daß bei Schachteln Haemajal. Sie mit den Tabletten sehr zufrieden gewesen. Ich war mit den Nerven schwer heruntergekommen und läßte mich immer müde. Solange ich die Tabletten einnehme fühle ich mich wie jung. Ich kann meiner Arbeit nachgehen, habe keinen Schlaf und keine Müdigkeit. Auch habe ich alle Tage Stimmung, was früher nicht der Fall war. Habe die Tabletten Ihnen nachzusehen lassen.
 Mit bestem Gruß Hr. Dr. Schultheiß

Sich lebenskräftiger! Dresden-N., den 1. Juni 1928
 Habe mit Ihrem Haemajal sehr gute Erfolge erzielt. Schon nach Gebrauch von drei Schachteln waren die Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit verschwunden. Auch fühle ich mich viel lebenskräftiger als zuvor. Erleben Sie mir sofort 12 Schachteln Haemajal per Nachnahme.
 Hochachtungsvoll Hermann Eißler

Sehr gute Dienste geleistet! Gaimersheim, den 19. Juni 1928

Ihr Haemajal hat meiner elstöpfigen Familie schon sehr gute Dienste geleistet, hauptsächlich meiner Frau gegen ihre Schwindelanfälle und bei meinen Kindern in Bezug auf ihr Magenleiden. Ich kann Ihr Präparat nur empfehlen und werde meine Bekannten darauf aufmerksam machen.
 Mit Hochachtung Johann Bestner

Wir können Ihnen noch über 11000 solcher Schreiben vorlegen oder Sie können sie durch einen Bekannten bei uns einsehen lassen.

In diesen Briefen ist von Haemajal die Rede. Sie wissen vielleicht nicht, was das ist. Es ist das Mittel, das Ihre Körperfunktionen durch Kräftigung aller Organe, vornehmlich der Nerven und des Blutes, in normale Bahnen bringen soll.

Daß es diese Wirkung hat, das zeigen Ihnen die Briefe, die Sie soeben gelesen haben.

Sie zeigt sich schon in den ersten acht Tagen und wird dann von Woche zu Woche deutlicher.

Sie fühlen sich viel kräftiger, Essen und Trinken schmeckt Ihnen besser, Sie schlafen tiefer und erquickender, Lebensfreude und Schaffensdrang werden geweckt, Ihr Aussehen bessert sich und man könnte diese Wandlung am treffendsten als eine

allgemeine Verjüngung

bezeichnen, verursacht durch die allgemeine Kräftigung der wichtigsten Organe: Blut und Nerven.

Auch bei jungen Leuten trifft diese Bezeichnung zu, denn wenn bei einem dreißigjährigen Menschen die Nerven abgenutzt und überanstrengt sind, so sind sie eben vorzeitig gealtert, trotz seiner Jugend.

Ein solcher Mensch kann dann weniger tüchtig und lebenskräftig sein, als ein doppelt so alter und es ist anzunehmen, daß er keine zehn Jahre mehr leben wird, wenn nicht die abgenutzten Organe wieder gekräftigt werden.

Bei Frauen

zeigt sich dieser Zustand des vorzeitigen Alters einzelner Organe besonders deutlich nach schnell aufeinanderfolgenden Wochenbetten.

Sie verfallen dann sichtlich und sind nach wenigen Jahren kaum mehr wiederzuerkennen.

Eine Haemajalkur wirkt da oft wie ein Wunder.

Sie ist eine wahre Erholungs- und Kräftigungskur und hat den Vorzug, daß sie nicht teuer ist und ohne Verursachung angewandt werden kann, ferner, daß sie einen kostenlosen Versuch machen können. Wir senden Ihnen nämlich

eine Probefschachtel kostenlos

ohne jede Verpflichtung für Sie. Erst wenn Sie sich nach diesem ersten Versuche entschließen, die Kur fortzusetzen, müssen Sie die weiteren Sendungen bezahlen! Aber auch damit riskieren Sie nichts, denn

Wir leisten Garantie!

Wenn es sich nämlich nach einiger Zeit zeigen sollte, daß die Wirkung nicht befriedigt, so zahlen wir Ihnen ohne Abzug Ihr Geld zurück.

Wir können diese Versicherung geben, weil die Erfahrung zeigt, daß die Wirkung immer gut ist, meist viel besser, als erwartet wurde.

Um eine Probefschachtel Haemajal kostenlos zu bekommen, füllen Sie den unten abgedruckten Schein aus und senden ihn an uns.

Sie erhalten dann ganz kostenlos und postfrei alles, was zum Beginn der Kur nötig ist, mit genauer Anweisung und sonstigen Ratsschlägen.

Tun Sie es gleich heute!

Bedenken Sie, daß ein Mensch mit schwacher Gesundheit nur ein halber Mensch ist, daß jeder Tag, den Sie versäumen, Ihrem Leben verloren geht und daß jeder, den Sie in Wohlbefinden und Daseinsfreude genießen können, einen Tag Lebensverlängerung bedeutet.

Schreiben Sie uns deshalb gleich. Der Versuch kostet Sie ja keinen Pfennig und was tausenden Anderen so gut geholfen hat, das wird auch bei Ihnen nicht versagen.

Dr. med. F. Schultheiß, o. m. b. S., Berlin W. 35

Bitte ausschneiden!

Gegen Rücksendung dieses Scheines eine Probefschachtel ganz umsonst

Herrn Dr. med. F. Schultheiß, o. m. b. S., Berlin W. 35/A 25

Ich ersuche um eine Probefschachtel Dr. med. F. Schultheiß „Haemajal“ und um Belassung der anschließenden Broschüre „Geheimnisvolle Lebensstraße“. Die Zustellung hat

portofrei und vollständig kostenlos

zu erfolgen.

Genauere Adresse recht deutlich schreiben!

Name und Stand: _____

Ort: _____

Stufe: _____

Wenn außer der genannten Adresse keine weitere Angabe auf diesem Schein vermerkt werden, braucht der Brief ungeschickt, wenn er nicht zurecht zum mit 5 Pf. frankiert werden.